

Inhaltsverzeichnis

Vorwort:

Kommunalpolitik in Zeiten von Corona, Wirtschaftskrise, Bankencrash und Hochrüstung Seite 5

1. Soziale Sicherung und gute Lebenschancen für Alle

- 1.1 Wohnen ist ein Menschenrecht Seite 9
Im Wetteraukreis fehlen bezahlbare Mietwohnungen
Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft!
Wohnungspolitik ist Sozialpolitik
- 1.2 Wohnungspolitik im Ostkreis: Strukturpolitik Seite 12
- 1.3 Nicht akzeptabel: Armut in einem reichen Land Seite 14
Hartz4 ist Armut per Gesetz
- 1.4 Für einen Wetterauer Sozialpass Seite 19
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Alle!
- 1.5 Öffentlich ist Wesentlich! Seite 19
Gesundheitsversorgung in der Wetterau
- 1.6. Bildung, Kultur Seite 23
Öffentliche staatliche Schulen und Bildungseinrichtungen
Eine Schule für Alle!
Vielfältige Kulturlandschaft
- 1.7 Sportstätten erhalten, sanieren und ausbauen Seite 27
Kein Verkauf, Keine Luxus-PPP-Projekte!
Breitensport statt Luxusbäder
- 1.8 Menschen mit Behinderungen Seite 30
Rechte garantieren, Verschiedenheit anerkennen
- 1.9 Selbstbestimmtes Leben im Alter Seite 34
- 1.10 Migration und Flucht Seite 35
Internationale Vielfalt statt nationaler Einfalt

2.	Konsequent für Klima- und Umweltschutz	
2.1.	Mobilität für alle Bürger*innen Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes Mobilität für den Ostkreis	Seite 39
2.2	Zukunftsfähige Energiepolitik Volle Kraft für die Energiewende Arbeitsplätze in der Region schaffen Energieverschwendung stoppen	Seite 42
2.3	Wasser – Unser Lebenselixier vor Raubbau schützen	Seite 47
2.4.	Für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft	Seite 49
2.5	Für Bodenschutz – Gegen Flächenfraß Belastungen durch Großbauprojekte minimieren	Seite 50
2..6.	Biodiversität erhalten	Seite 52
2.7	Lärmschutz	Seite 53
3.	Zukunftsfähigkeit für die Wetterau	
3.1	Finanzen und Wirtschaft Kommunale Selbstverwaltung sicher stellen	Seite 54
3.2	Daseinsfürsorge verteidigen und ausbauen Privatisierungen verhindern	Seite 57
3.3	Sparkassen für Bürger*innen	Seite 57
3.4	Gewerbeansiedlungen im Interesse Aller realisieren	Seite 59
3.5	Fair einkaufen und gezielt fördern Verantwortung als Auftraggeber wahrnehmen	Seite 60
3.6	Flächendeckender Zugang zu schnellem Internet	Seite 61
4.	Für eine demokratische Wetterau	
4.1	Transparente Parlamentsarbeit	Seite 63

4.2	Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalvertretungen erhalten und ausbauen	Seite 63
4.3	Demokratische Transparenz durch Bürgerbeteiligung	Seite 64
4.4	Gleichberechtigung durchsetzen Gesellschaftliches Engagement stärken statt abschaffen	Seite 66
4.5	Für die Akzeptanz aller Lebensweisen!	Seite 68
4.6	Jugend muss mitbestimmen Demokratie lebt vom Mitmachen	Seite 69
4.7	Kommunales Wahlrecht für Migrant*innen Gesellschaftliches Engagement stärken statt abschaffen	Seite 71
4.8	Faschismus aktiv entgegen treten!	Seite 72
4.9	Ohne Frieden ist alles nichts! Keine Erhöhung des Rüstungsausgaben!	Seite 74

Kommunalpolitik in Zeiten von Corona, Wirtschaftskrise, Bankencrash und Hochrüstung

Die Corona-Pandemie zieht weitreichende wirtschaftliche Folgen nach sich. Viele Menschen wurden arbeitslos oder mussten von Kurzarbeitergeld leben. Die soziale Spaltung der Gesellschaft hat sich vertieft. Trotz Staatshilfen überlebte eine große Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmen den Stillstand nicht. Auch soziale Einrichtungen und soziale Dienstleister*innen sind in Existenznot geraten. Hart getroffen sind auch Kulturschaffende und Kultureinrichtungen. Und nicht zuletzt stehen die Kommunen vor einer ernsten Finanzlücke, weil ihnen die Einnahmen wegbrechen.

Die Berichterstattung der letzten Monate war auf Corona konzentriert. Damit trat in den Hintergrund, dass bereits im Herbst 2019 eine ernste kapitalistische Wirtschaftskrise begann. In der Corona-Krise verstärkte und beschleunigte sich die Rezession. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass die Finanzspekulationen und Betrügereien nach dem Bankencrash 2008 keinesfalls unterbunden wurden. Spekulationen, Leerverkäufe, Hedgefonds, Cum Cum und Cum Ex Geschäfte kosten die Steuerzahler*innen seit Jahren unvorstellbare Milliardensummen. Und das Finanzsystem steht heute wieder vor einem Kollaps.

In diesen Krisen werden Hunderte Milliarden Euro in die Rettung der Wirtschaft gepumpt. In erster Linie profitierten von den staatlichen Finanzspritzen wieder große Konzerne. Die Finanzhilfen für kleine und mittelständische Unternehmen fielen im Vergleich eher gering aus oder konnten oft gar nicht genutzt werden. Für die lohnabhängige und die einkommensschwache Bevölkerung wurden keine nennenswerten Hilfen zur Krisenbewältigung auf den Weg gebracht. Investitions- und Strukturprogramme oder Beschäftigungsprogramme fehlen. Dabei müsste jetzt ins Gesundheitssystem und andere wichtige Bereiche der Öffentlichen Daseinsfürsorge investiert werden! Statt den Klimaschutz voranzubringen und hier zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, wurden die Mittel für die Bundesbahn gekürzt und der Autoindustrie Milliardensubventionen gewährt. Ein völlig falsches Signal!

Die Verteilung der Vermögen in Deutschland ist in der Krise noch ungleicher geworden: Die reichsten zehn Prozent besitzen fast 60 Prozent der Vermögen. Die ärmere Hälfte hat nur einen Anteil von 1,3 Prozent.

Doch gerade wenn die Schere zwischen arm und reich derart auseinander klafft, ist öffentliche Daseinsfürsorge wesentlich! In der Krise wurde erneut deutlich: „Der Markt“ regelt nichts. Die Mehrheit der Menschen braucht eine öffentliche

Gesundheitsversorgung, öffentliche Schulen, staatliche Renten. Private soziale Absicherung kann sich die Mehrheit der Menschen nicht leisten.

Statt nun endlich für Reiche und Hyperreiche eine Vermögenssteuer einzuführen, wird wieder versucht, die Kosten der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Und als ob das alles nicht genug wäre, will die Bundesregierung noch weiter die Rüstungsausgaben erhöhen. Im Jahr 2017 lagen die Militärausgaben bei 37 Milliarden Euro. 2019 waren es schon 43,2 Milliarden Euro. Im Jahr 2020 wurde erstmals die 50 Milliarden-Marke überschritten.

Wird das von der NATO geforderte Ziel erreicht - 2 Prozent des BIP (Brutto-Inlandsprodukts) – zu dem sich Deutschland verpflichtet hat, werden die Rüstungsausgaben bis zum Jahr 2024 auf etwa 75 Milliarden Euro jährlich steigen.

Dazu kommt: Das Militär verpulvert Rohstoffe, als seien sie endlos und belastet die Umwelt. Rüstungskonzerne werden reich. Die mühsam errungene Sicherheit in Europa weicht der Kriegsgefahr.

Was hat das mit der Wetterau zu tun?

Kommunalpolitik passiert nicht isoliert von der politischen Großwetterlage. Das Geld kann nur einmal ausgegeben werden: Entweder für Konzerne, Banken und zerstörerische Rüstung oder für öffentliche Daseinsfürsorge.

Die Kommunen sind unterfinanziert. Bund und Land statten Kreise, Städte und Gemeinden nicht ausreichend finanziell aus, damit sie ihre Aufgaben erfüllen könnten. Das ist auch in der Wetterau so. Immer noch hat der Kreis fast 200 Millionen Euro Schulden. Die Finanzlage bleibt nicht nur angespannt: Die Kosten der Krisenbewältigung treffen auch unseren Kreis hart.

Dass in den letzten Jahren ausgeglichene Haushaltsabschlüsse und sogar Überschüsse erwirtschaftet werden konnten lag vor allem an der positiven Konjunktur und guten Steuereinnahmen. Jetzt hat sich das gründlich geändert! Wirkliche Einsparungen im Kreishaushalt sind eigentlich schon lange nicht mehr möglich, denn die Finanzmittel werden nicht verschwendet, sondern für Pflichtaufgaben verwendet. Nennenswerte Einsparungen wurden in der Vergangenheit überwiegend im Sozialhaushalt vorgenommen. Doch auch hier steigen die absoluten Ausgaben, weil es immer mehr arme Menschen gibt. Die Politik in Bund und Land, die in den vergangenen Jahren zu einer massiven Umverteilung von „unten“ nach „oben“ geführt hat, zeigt auch Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse hier in der Wetterau.

Es wäre dringend nötig, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Öffentlichen sozialen Wohnungsbau gibt es nur unzureichend in einigen Kommunen. Falls es eine neue kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft geben sollte, müsste sie finanziell gut ausgestattet werden, damit sie wirksam arbeiten kann.

In das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) müssten hohe Summen investiert werden. Die Zuwendungen aus Bund und Land reichen nicht, um den Investitionsstau aufzulösen. Stattdessen wird über Privatisierung nachgedacht. Und über die Schließung der Krankenhäuser Schotten und Gedern, die vom Kreis bezuschusst werden müssen. Im Ostkreis besteht besonders in der Frauengesundheitsversorgung ein Engpass. Es gibt keine Geburtsstation mehr und zu wenig Hebammen.

Investiert werden müsste auch in den Öffentlichen Nahverkehr, Klimaschutzmaßnahmen, Bildung und Inklusion, Kindererziehung, in Kultureinrichtungen, Sportstätten und vieles mehr.

Diese Aufzählung ist unvollständig. Doch sie zeigt: Es gibt viele sinnvolle Möglichkeiten, das Steuergeld für die Mehrheit der Menschen einzusetzen.

DIE LINKE Wetterau vertritt eine Politik, die sich konsequent an sozialen, ökologischen und demokratischen Werten ausrichtet. Die Ökonomie, als Basis der Gesellschaft, muss in den Dienst der Mehrheit der Bevölkerung gestellt werden und bedarf einer demokratischen Kontrolle.

Dafür setzt sich **DIE LINKE**. grundsätzlich ein:

- Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung!
Kein Abbau sozialer Sicherungssysteme!
- Öffentliche Daseinsfürsorge darf keinesfalls privatisiert werden!
Rekommunalisierung bereits erfolgter Privatisierungen und Teilprivatisierungen.
- Eine angemessene Besteuerung von Reichen und Superreichen:
Wiedereinführung der Vermögenssteuer, angemessene Erbschaftsteuer, Besteuerung von Spekulationsgewinnen und eine Millionärssteuer.
Wer Steuersenkungen will, muss zeigen, wie die Ausfälle kompensiert werden und wie die Kommunen ihre Aufgaben weiter erfüllen sollen.
- Für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden...
- ...durch den Ausbau der Gewerbesteuer und die Abwehr der Bestrebungen aus der Wirtschaft, die Gewerbesteuer abzuschaffen.

- Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickelt werden. Alle unternehmerisch Tätigen sind einzubeziehen, wobei ein erhöhter Freibetrag von 30.000 Euro gilt. Gleichzeitig ist die Bemessungsgrundlage zu verbreitern und die Gewerbesteuerumlage an den Bund sofort und an die Länder schrittweise abzuschaffen.
- Für eine angemessene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben. Dies gilt insbesondere für die Kindertagesbetreuung, die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung, die Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche, die Bekämpfung von Armut und Wohnungsnot und die Aufnahme von Flüchtlingen.
- Für das Konnexitätsprinzip. Das heißt: wer bestellt, bezahlt! Wenn die Bundesregierung gesetzlich Aufgaben für die Kommunen festlegt, muss der Bund auch die Finanzierung übernehmen. Außerdem sollten die Kommunen ein verbindliches und einklagbares Mitwirkungsrecht im Gesetzgebungsverfahren des Bundes erhalten.
- Keine Verdopplung des Rüstungsetats! Der irrsinnige Plan, 2 Prozent des BIP für Rüstung zu verschwenden, muss aufgegeben werden! Alle kommunal engagierten Politiker*innen werden aufgefordert, in ihren Parteien Einfluss zu nehmen, dass Steuermittel für friedliche Zwecke ausgegeben werden!

1. Soziale Sicherung und gute Lebenschancen für Alle

1.1 *Wohnen ist ein Menschenrecht*

Im Wetteraukreis fehlen bezahlbare Mietwohnungen

Das Institut für Wohnen und Umwelt¹ beziffert den Neubaubedarf im Wetteraukreis bis zum Jahr 2040 auf 24.162 Wohnungen.

Der Bevölkerungsanstieg in der Wetterau ist mit am Höchsten in Hessen. Die Nachfrage nach Wohnraum im Umland von Frankfurt ist enorm. Auch Migration hat einen höheren Wohnungsbedarf zur Folge.

Es wird inzwischen auch rege gebaut - besonders im Westkreis. Ganz neue Stadtviertel mit Einfamilienhäusern, (Luxus-)Eigentumswohnungen oder hochpreisigen Mietwohnungen werden hochgezogen. 2018 sind 1225 Wohnungen fertiggestellt worden. Aber nicht unbedingt bezahlbare Mietwohnungen!²

1712 neue Wohnungen müssten es derzeit jährlich sein.

Und zwar vorrangig bezahlbare Mietwohnungen und Sozialwohnungen. Sonst wird Wohnen in den nächsten Jahren für viele Menschen unbezahlbar!

Das Wohnungsproblem ist nicht durch private Investoren und Baulöwen zu lösen. Luxuswohnungen, an denen sich gut verdienen lässt, gibt es genug. Was fehlt, ist bezahlbarer Wohnraum. Hier treibt die starke Nachfrage die Mieten auch für Normalverdiener*innen in die Höhe.

Die Mieten sind stark gestiegen. Schon Haushalte mit durchschnittlichem Verdienst haben Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Bei preiswerten Wohnungen für einkommensschwache Familien herrscht Wohnungsnot. Im Jahr 2018 gab es im Wetteraukreis 2082 berechnete Anträge auf eine Sozialwohnung, die nicht vermittelt werden konnten. Der vielbeschworene „Markt“ regelt hier nichts. Denn private Wohnungsbaugesellschaften wollen Profite erwirtschaften und nicht für soziale Mieten sorgen.

Bezahlbare Wohnungen in ausreichender Zahl und in einem überschaubaren Zeitraum müssen von der öffentlichen Hand gebaut werden. Das ist eine politische Herausforderung, denn **Wohnen ist ein Menschenrecht!**

1 Das Institut für Wohnen und Umwelt ist eine GmbH, deren Gesellschafter das Land Hessen mit 60% und die Stadt Darmstadt mit 40% sind. Das IWU erstellte diese Untersuchung im Auftrag der Hessischen Landesregierung.

2 Nach Definition des Mieterbundes gilt eine Wohnung dann als bezahlbar, wenn die Miete ein Drittel des Haushaltseinkommens nicht übersteigt.

Endlich eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft!

Weil sich diese Zuspitzung auf dem Wohnungsmarkt schon seit Jahren zeigt, hat DIE LINKE. Fraktion im Kreistag seit 2012 immer wieder eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gefordert. Im Jahr 2015 – im damaligen Kommunalwahlkampf – beschloss der Kreistag endlich, die Möglichkeiten für eine kreiseigene WoBau zu sondieren. Doch lange wurde weder dieser Kreistagsbeschluss umgesetzt, noch wurden zahlreiche nachfolgende Wahlkampfversprechen für einen „Zweckverband Wohnen“ eingelöst. Bei Redaktionsschluss dieses Programms, also kurz vor der nun anstehenden Kommunalwahl 2021, überraschte der Landrat mit der Aussage, man sei dabei, eine kreiseigene WoBau zu konzipieren. Sollten sich acht Jahre zäher Einsatz der Linken Fraktion im Kreistag endlich gelohnt haben?

In den Kommunen muss sozialer Wohnungsbau Vorrang bekommen: In allen Bauplanungen müssen 30% für den Bau von Sozialwohnungen festgeschrieben sein. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften brauchen eine deutliche Aufwertung und sie müssen so ausgestattet sein, dass sie in bezahlbare Neubauten investieren können. Städtischer Grund darf nicht an private Investoren verkauft werden!

Leider sahen sich bisher die Wetterauer Politiker*innen von SPD, CDU, Grünen, FDP, Freien Wählern, AfD und NPD nicht zuständig für sozialen Wohnungsbau.

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag musste sogar dafür kämpfen, dass die einfachsten Grundlagen zusammengetragen wurden, die eine politische Bewertung der Wohnungsfrage ermöglichen. Auf unseren Antrag hin wurde 2013 eine Erhebung zum Stand des sozialen Wohnungsbaus erstellt, die erwartungsgemäß ein düsteres Bild zeigte. Erst im Juni 2019 konnten wir den Kreistag davon überzeugen, die aktuellen Zahlen erneut von den Kommunen zu erfragen. Ist ein solider Kenntnisstand nicht wichtig für eine soziale Politik?

Wohnungspolitik ist Sozialpolitik

Die Wohnungsnot bei Menschen mit niedrigem Einkommen oder bei Sozialleistungsberechtigten wird durch eine repressive Sozialpolitik des Wetteraukreises zusätzlich erschwert.

Die Mietobergrenzen, die der Wetteraukreis für diesen Personenkreis aufgestellt hat, sind viel zu niedrig angesetzt: Das „Schlüssige Konzept der Mietobergrenzen“ berücksichtigt die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht ausreichend. Die Mietkosten werden klein gerechnet.

Die Mietobergrenzen vom 1. Januar 2020 weisen für den Ostkreis sogar niedrigere Mieten aus, als im Jahr 2005!! Besonders für Familien mit Kindern wurden die Mietzuschüsse teilweise deutlich abgesenkt.

Im September 2019 wurde durch eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (Drucksache 19//13029) aufgedeckt: Fast ein Drittel der bedürftigen Alleinerziehenden und der Familien mit Kindern erhalten vom Wetteraukreis viel zu wenig Mietzuschuss. Es ist für Alleinerziehende und Familien mit Kindern eine deutliche Belastung, wenn im Jahr durchschnittlich mehr als 1300 Euro für die Miete fehlen! Sie müssen diese Differenz dann aus ihrer mageren Grundsicherung abzwacken, was nichts anderes heißt als beim Essen und auch bei notwendigen Anschaffungen für die Kinder zu sparen.

Politisch bedeutet das: Auch das aktuelle, ab 1. Januar 2020 gültige „Schlüssige Konzept“ ist nur seiner Form nach schlüssig erstellt. Es erfüllt die gesetzlichen Anforderungen nicht, dass der Bedarf für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen im einfachen unteren (laut Gesetz NICHT einfachsten untersten, SGB II, §22) Wohnungsmarktsegment übernommen werden müssen.

Nicht nur hier muss der Wetteraukreis endlich korrekt handeln! Das Bundessozialgericht hat wiederholt darauf verwiesen, dass zu den ermittelten Obergrenzen auch wirklich Wohnungen frei und verfügbar sein müssen. Für seine Berechnungen zum Schlüssigen Konzept zieht der Kreis einen unverhältnismäßig hohen Anteil veralteter Bestandsmieten heran. Auch das muss sich ändern! Frei und anmietbar sind Wohnungen, die auf dem Wohnungsmarkt verfügbar sind und angemietet werden können!

Es braucht also deutlich mehr Engagement für bezahlbares Wohnen im Wetteraukreis!

Fördermittel abrufen!

In der Zeit von 2015 bis 2017 lobte das Land Hessen 391 Millionen Euro Fördermittel im Rahmen des Masterplans Wohnen aus. Seit 2017 stehen nach Angaben der Hessischen Landesregierung jährlich 300 Millionen Fördermittel zur Verfügung. Der Wetteraukreis hat keine Fördermittel für Wohnen abgerufen.

Politikerinnen und Politiker aus unserer Region müssen innerhalb ihrer Parteien für Sozialen Wohnungsbaus Druck machen und alles dafür tun, damit zukünftig weiter Investitionsprogramme aufgelegt und abgerufen werden. Bei der Beantragung von Fördermitteln sollte der Wetteraukreis seine Kommunen unterstützen. Auch mit einer eigenen kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

Das will **DIE LINKE.**:

- Eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft, die den sozialen Wohnungsbau in der Wetterau voranbringt.
- Jeder Bebauungsplan soll mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen vorschreiben.
- Aufwertung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.
- Investitionsprogramme in den Kommunen für bezahlbare Wohnungen ...
- ... davon ein Fünftel barrierefrei.
- Mehr Druck auf die Landes- und Bundesregierung, für ein ausreichendes bundesweites Investitionsprogramm im sozialen Wohnungsbau. In Krisenzeiten wirkt dies auch als Konjunkturprogramm!
- Mittel aus Investitionsprogrammen des Bundes und des Landes müssen abgerufen werden. Das muss als Aufgabe des Kreises begriffen werden! Die Kommunen brauchen für die Beantragung Unterstützung.
- Einen qualifizierten Mietspiegel statt eines Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen, damit die Mietpreisentwicklung bei den Sozialleistungen einfließt.
- Korrekte Berechnung der Kosten der Unterkunft und keine Benachteiligung mehr von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern.

1.2 Wohnungspolitik im Ostkreis: Strukturpolitik

Im Ostkreis der Wetterau stellt sich die Wohnungsfrage weniger dramatisch. Obwohl auch hier die Mieten zunehmend ansteigen. Aber vor allem ziehen die Menschen in die Städte des Westkreises oder in das Ballungsgebiet Rhein-Main-Frankfurt.

Das hat Gründe. Die Sparpolitik der letzten Jahre hatte negative Auswirkungen auf die Struktur des Ostkreises: Behörden wurden in Friedberg zentralisiert, das Amtsgericht Nidda wurde geschlossen, der ÖPNV wurde ausgedünnt, einige kleine Schulen mussten schon um ihr Überleben kämpfen, in den Gemeinden machen die örtlichen Läden dicht, Geschäftsräume stehen leer, soziale und kulturelle Angebote sind nicht genügend finanziert. Die Gesundheitsversorgung ist nicht mehr ausreichend: es gibt im Ostkreis keine Hebammen mehr, die Geburtenstation Büdingen hat geschlossen, immer mehr ältere Hausärzte gehen

in den Ruhestand und es fehlen Nachfolger*innen. Das Überleben der Krankenhäuser Gedern und Schotten wird aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Frage gestellt.

Doch Gemeinden, in denen sich die Struktur aufzulösen beginnt, büßen auch Wohnqualität ein. Besonders junge Menschen ziehen weg.

Landflucht und die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten hängen zusammen. Deshalb sind Strukturpolitik und die ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden im ländlichen Raum dringend nötig.

Das will DIE LINKE.:

- Wohnortnahe Arbeitsplätze mit Hilfe einer hessenweit koordinierten Wirtschaftspolitik für den ländlichen Raum. Zinsgünstige Darlehen für wirtschaftliche Investitionen, besonders für nachhaltig produzierende Unternehmen des Mittelstands.
- (Land-)Kommunen müssen sich wirtschaftlich betätigen können.
- Wohnortnahe regionale regenerative Energieerzeugung unter kommunaler Regie.
- Keine weitere Ausdünnung des Nahverkehrs.
- Dezentral organisierte Verwaltung statt Zentralisierung und weite Wege.
- Keine Schulschließungen – insbesondere der Grundschulen.
- Keine weitere Zentralisierung bei den Berufsschulen, Förderung mittelständischer Ausbildungsbetriebe.
- Kein Abbau von Gesundheitseinrichtungen, sondern eine Stabilisierung und Ausweitung der ländlichen Gesundheitsversorgung.
- Hilfen beim Umstieg auf nachhaltig produzierende Landwirtschaft.
- Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte.
- Unterstützung von Dorfläden durch die Kommunen.
- Forcierter Internetausbau.
- Ein Investitionsprogramm zur Aufwertung des Ostkreises: zum Beispiel Stadtsanierung in Büdingen und Ortenberg, Dorfprogramme – aber auch Kulturförderung, Bibliotheken, Sportstätten, usw.. Das würde auch die Attraktivität für den Tourismus erhöhen.
- Es gibt Landkommunen, die den Zuzug von Flüchtlingen als Chance sehen und sie sogar gezielt anwerben. Migration kann eine Gemeinde

wieder lebendig machen: Wohnraumleerstand wird abgebaut, das Handwerk belebt, kulturelle Unterschiede bereichern eine Gemeinde. Das Vereinsleben bringt Menschen zusammen: Kulturfeste, Chöre, Kinderarbeit, usw..

1.3 Nicht akzeptabel: Armut in einem reichen Land

Die Kluft zwischen reich und arm ist in Deutschland dramatisch angestiegen. Selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW erkannte, dass die Vermögen stärker konzentriert sind als angenommen. Das Vermögen der Hyperreichen wird systematisch unterschätzt. Laut DIW besitzen die 45 reichsten Haushalte in etwa so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Die reichsten fünf Prozent verfügen über mehr als die Hälfte, ein Prozent besitzt über ein Drittel des Gesamtvermögens. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt dagegen nur 1,3 Prozent aller Vermögen.³

Der politische Einfluss der Hyperreichen ist der Grund, warum Vermögen und hohe Einkommen hierzulande äußerst moderat besteuert werden. Man kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt nur sichern, wenn man die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich eindämmt. Dafür braucht es die Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Das wäre sicher ein ganz wichtiger Schritt. Man muss aber auch den Spitzensteuersatz zumindest wieder auf den Stand der Kohl-Regierung erhöhen: Damals betrug er 53 Prozent. Viele große Konzerne bezahlen derzeit gar keine Steuern.

In der Corona-Zeit wurden Milliardenhilfen zur Krisenbewältigung an Großkonzerne gezahlt. Gleichzeitig verkündeten Politiker, dass jetzt alle Sozialausgaben auf den Prüfstand gestellt werden müssten.

Für diese Forderungen ist der Adressat die Bundespolitik und nicht der Wetteraukreis. Dennoch ist festzustellen: Wenn Superreiche keine Steuern zahlen, wächst auch die Armut in der Wetterau. Das hat sowohl Auswirkungen auf den Kreishaushalt als auch auf die Sozialpolitik vor Ort.

Insbesondere auf die Arbeit des Jobcenters, dessen Träger die Bundesagentur für Arbeit und der Wetteraukreis sind. Es ist alles andere als unwichtig, wie der Wetteraukreis seine Verantwortung für das ärmere Fünftel seiner Bevölkerung wahrnimmt.

3 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW von 2018: Das Vermögen der Superreichen wird systematisch unterschätzt, weil die Erhebungen größtenteils auf freiwilligen Angaben basieren. Die DIW-Untersuchung hat deshalb erstmals auch Schätzungen aus der Reichenliste des „Manager Magazin“ bei seinen Berechnungen mit einbezogen.

Hartz IV ist Armut per Gesetz

Im Wetteraukreis lebten 2019 etwa 20 000 Menschen im Hartz IV–Leistungsbezug. Sie sind arbeitslos oder müssen ihren Niedriglohn aufstocken. Diese Zahl hat mit dem wirtschaftlichen Abschwung seit Herbst 2019 und mit dem Corona-Lockdown 2020 erheblich zugenommen.

Allein im April 2020 meldete das Jobcenter Wetterau 850 Neuanträge! Die politischen Entscheidungen auf Bundesebene wirken sich erheblich auf die Sozialpolitik in der Wetterau aus.

Mit den Hartz-Gesetzen wurden in den letzten fünfzehn Jahren so genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse üblich: Zeitarbeit, befristete Arbeit, Mini- und Midijobs, Leiharbeit. Etwa ein Drittel aller Beschäftigten arbeitet in atypischen Jobs. Trotz der Einführung eines Mindestlohns von 9,35 Euro, reicht der Lohn in prekären Beschäftigungsverhältnissen kaum zum Leben. Die Menschen müssen ihn beim Jobcenter bis zum Existenzminimum aufstocken.

Mit Hartz IV wurde ein Instrument geschaffen, Arbeitslose zu jeder noch so schlechten oder prekären Beschäftigung zu pressen. Erworbene Qualifikationen werden nach vier Jahren Arbeitslosigkeit aberkannt.

Es wird kaum in versicherungspflichtige Vollzeitarbeit vermittelt und mit Sanktionen wird Zwang erzeugt. Den betroffenen Menschen begegnet das Jobcenter mit Misstrauen. Sie werden gegängelt und unmündig gemacht. Viele verlieren den Mut, sich zu wehren. Lange Zeiten im Hartz IV-Bezug haben sehr oft negative Folgen für die psychische Gesundheit.

Hartz IV dient auch als Druckmittel gegen Arbeitnehmer. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg bestimmt unterschwellig Tarifauseinandersetzungen. Prekäre Beschäftigung und Lohndumping werden eher akzeptiert.

Nach fünfzehn Jahren Hartz IV hat sich die Zahl der Erwerbslosen und Aufstocker nicht verringert, stattdessen ist sie angestiegen.

Die Jobcenter – auch in der Wetterau - verwalten den Mißstand. Wirklich helfen können oder sollen sie nicht. Eine Stellenvermittlung findet fast nur in atypische, prekäre Beschäftigung statt. So erhalten „Arbeitgeber“ für einige Monate Lohnzuschüsse aus Steuermitteln. Nach dieser Zeit werden die Beschäftigten wieder entlassen und man besorgt sich über das Jobcenter neue Arbeitnehmer*innen, deren Beschäftigung erneut aus Steuermitteln „gefördert“ wird.

Im Januar 2019 beschloss die Bundesregierung das neue Teilhabechancengesetz.

Es soll Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zurückführen. Der Arbeitgeber wird für fünf Jahre mit Steuergeldern subventioniert, wenn er einen Langzeitarbeitslosen einstellt: In den ersten zwei Jahren wird das volle Gehalt aus Steuergeldern bezahlt. Mit jedem weiterem Jahr sinkt die Bezuschussung um 10 Prozent. Eine verpflichtende Laufzeit der Arbeitsverträge ist jedoch nirgendwo geregelt. Für Arbeitgeber bedeutet das eine lukrative Quelle an billigen Arbeitskräften.

Eine wirkliche Hilfe könnten berufliche Qualifizierungen oder die Auffrischung früher erworbener Kenntnisse sein. Doch beim Jobcenter beschränken sie sich oft auf mehrwöchige Bewerbungstrainings. Wirkliche Qualifizierungsmaßnahmen oder Umschulungen werden nur noch selten gewährt.

Für Hartz IV-Leistungsberechtigte werden seit 2011 keine Rentenbeiträge mehr entrichtet. Dies führt – selbst bei früher erworbenen Rentenansprüchen – zu Altersarmut und weiterer Abhängigkeit von Sozialleistungen.

Das Jobcenter gab sich das Motto „fördern und fordern“. In der Realität wird von den Hartz IV-Leistungsberechtigten viel gefordert aber sie werden wenig gefördert. Das Jobcenter arbeitet oft abwehrend und kommt seiner Beratungspflicht nicht nach. In vielen Fällen ist es nicht bemüht, den Betroffenen zu helfen. Ein menschenwürdiger Umgang mit Hilfesuchenden, eine sorgfältige Beratung und Bearbeitung der Bescheide sind das Mindeste, was vom Jobcenter verlangt werden muss!

Hier alle Probleme mit Hartz IV aufzuschreiben, würde dieses Programm sprengen. Deshalb jetzt nur noch fünf wichtige Punkte in Kürze:

- Es mehren sich politische Vorstöße mit dem Ziel, die Hürden für Sozialklagen zu erhöhen. Manche Richter weigern sich bereits, Fälle mit niedrigen Streitwerten zu behandeln. DIE LINKE. wendet sich energisch gegen die Einschränkung der Prozesskostenhilfe oder eine Streitwerthürde. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen muss der Zugang zum Rechtssystem offen stehen.

- Der Datenschutz muss auch für Hartz IV-Leistungsberechtigte gelten. Das Jobcenter verlangt zum Beispiel Mietbescheinigungen, die dem Vermieter offenbaren, dass jemand Leistungsbezieher ist. Das Sozialamt stellt Bescheide aus, die dem Heizöllieferanten vorgezeigt werden sollen.

- Die Verwaltungskosten der Jobcenter auf Bundesebene betragen inzwischen 2/3 des Gesamtbudgets. Eine Milliarde Euro aus der Eingliederungshilfe

wurden in 2018 und 2019 in die Verwaltung umgeschichtet und fehlen damit für konkrete Hilfen. Überbordende Bürokratie und eine ausgeprägte Misstrauenskultur kosten viel Geld. Die Jobcenter arbeiten ineffektiv.

- Das Jobcenter ist gesetzlich verpflichtet, die Hartz4-Leistungsberechtigten zu beraten. Diese Pflicht wird oft missachtet. Die Hilfesuchenden erhalten keine Informationen über Fristen, Zuständigkeiten, andere Hilfsangebote usw.. Für Hilfesuchende ohne ausreichende Deutschkenntnisse stehen nicht immer Dolmetscherdienste zur Verfügung.

- Es gibt immer noch Sanktionen. Obwohl das Bundesverfassungsgericht den Hartz4-Satz als Existenzminimum ansieht und Sanktionen über 30 Prozent als verfassungswidrig erklärte.

Der Wetteraukreis ist gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters. Wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden, hängt maßgeblich von der Sozialpolitik im Kreis ab.

Dafür steht *DIE LINKE*:

- Arbeitsvermittlungen des Jobcenters in prekäre Beschäftigungsverhältnisse lehnen wir strikt ab. Ebenso die als „Förderung“ getarnte Lohnsubventionierung aus Steuermitteln für Betriebe.
- Tarifgesicherte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst, im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich.
Keine Billigjobs im öffentlichen Dienst (1-Euro-Jobs, Minijobs). Damit wird der Billiglohnbereich im Öffentlichen Dienst etabliert und notwendige Stellen werden nicht besetzt.
- Berufliche Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen statt fragwürdiger Bewerbungstrainings bei privaten Bildungsträgern. Qualifizierte Sprachkurse für Leistungsberechtigte ohne ausreichende Deutschkenntnisse.
- Kein repressiver Umgang mit Hilfesuchenden beim Jobcenter und Sozialamt. Die gesetzlich gesicherten Hilfen dürfen nicht eigenmächtig unterschritten werden.
- Es ist sicherzustellen, dass die Mitarbeiter des Jobcenters die Leistungsberechtigten menschenwürdig behandeln und in deren Interesse beraten. Es darf kein Druck auf die Mitarbeiter der Jobcenter ausgeübt werden, möglichst wenig Leistungen zu gewähren.

- Das Personal des Jobcenters muss fachlich und psychologisch gut ausgebildet, die Qualifizierung der Mitarbeiter*innen regelmäßig und verpflichtend sein.
- Das Jobcenter muss seiner Beratungsverpflichtung gegenüber den Leistungsempfänger*innen nachkommen, insbesondere auch in juristischen Fragen.
- Leichte Sprache für alle Veröffentlichungen des Wetteraukreises.
- Keine Sanktionen. Hartz IV ist das Existenzminimum und kann nicht gekürzt werden. Keine Sonderregelungen für unter 25-jährige.
- Erarbeitung eines qualifizierten Mietspiegels, der die Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt abbildet. Wesentliche Erhöhung der Mietobergrenzen.
- Der Wetteraukreis muss die Benachteiligung von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft beenden!
- Keine Aufforderung zum Umzug, wenn die aktuelle Miete einen Bagatellbetrag von 50 Euro nicht überschreitet.
- Übernahme der real entstandenen Heizkosten durch Jobcenter und Sozialamt.
- Einführung eines Sozialtarifs für Strom. Keine Stromsperrung bei Zahlungsverzug!
- Ein Zuschuss zur Neubeschaffung energieeffizienter Elektrogeräte.
- Arbeitssuchende erhalten eine kostenlose ÖPNV-Zeitkarte für den Kreis ihres Wohnsitzes und die Nachbarkreise bzw. benachbarten kreisfreien Städte.
- Einrichtung einer kreiseigenen Schuldnerberatungsstelle und Unterstützung der Schuldnerberatungsstellen karitativer Vereine. Keine privatwirtschaftlichen Beratungsstellen!
- Einen gesicherten Dolmetscherdienst für die Beratung beim Jobcenter und Sozialamt.
- Einrichtung eines Fachbeirates, in dem die betroffenen Langzeitarbeitslosen in angemessener Weise vertreten sind – mit der Aufgabe, gesellschaftliche Isolation aufzuheben.
- Einrichtung einer Stelle als Ombudsfrau oder Ombudsmann für Hartz IV-Leistungsberechtigte.

- Kostenübernahme für die Krankenversorgung bis zum Kostenfreibetrag der gesetzlichen Krankenkassen für Menschen, die aus dem Versicherungsschutz gefallen sind.
- Entrichtung von Rentenbeiträgen auch bei Arbeitslosigkeit.

1. 4 Für einen Wetterauer Sozialpass:

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Alle!

Viele einkommensschwache Haushalte und Einzelpersonen sind von weiten Teilen des öffentlichen Lebens abgeschnitten. Der Besuch eines Museums, eines Sport- oder Kulturereignisses oder auch die Fahrkarte, um Familie, Freunde und Bekannte besuchen zu können, sind oft nicht bezahlbar. Mit der Einführung eines Sozialpasses könnte der Wetteraukreis auch armen Menschen eine Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen. Auf Antrag der Linken im Kreistag wurden die Kosten für einen Sozialpass auf 3,5 Millionen kalkuliert. Es handelt sich also keineswegs um ein unfinanzierbares Hirngespinnst. Positive Beispiele gibt es bereits in vielen Städten und Landkreisen.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Einführung eines Sozialpasses (Vergünstigung bei öffentlichen Einrichtungen) für Personen mit geringem Einkommen. Der Sozialpass wird diesen Personen kostenlos zur Verfügung gestellt. Er soll die kostenfreie Nutzung des ÖPNV im Kreis sowie deutliche Ermäßigungen beim Besuch von Museen, Schwimmbädern, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie Kursen der VHS beinhalten.

1. 5 Öffentlich ist Wesentlich!

Gesundheitsversorgung in der Wetterau

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte: Die Corona-Epidemie hat deutlich gemacht, wie wichtig eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort ist. Die kommunalen Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher ist jegliche Privatisierung der Einrichtungen des

Gesundheitszentrums Wetterau (GZW) abzulehnen. Darüber hinaus müssen sie vor Profitstreben der Privatwirtschaft und vor Wettbewerb geschützt werden. Die Kliniken in Gedern und Schotten müssen erhalten bleiben.

Die Pläne der Hessischen Landesregierung, aus allen öffentlichen Gesundheitseinrichtungen möglichst große Gesundheitskonzerne zu bilden, lehnt DIE LINKE. ab.

Gesundheit ist keine Ware! Der Markt sichert die breite Gesundheitsversorgung nicht. Er sichert die Gewinne der privater Gesundheitskonzerne.

Der Wetteraukreis und das Gesundheitszentrum Wetterau suchen bereits seit einigen Jahren nach einem Partner für eine Fusion. Verhandlungen mit den Lahn-Dill-Klinken sind zwar gescheitert, aber es wird offensichtlich noch mit den Kliniken des Hochtaunuskreises verhandelt. Am Ende soll das GZW keine gemeinnützige GmbH mehr sein, sondern eine GmbH. Diesem Schritt hat die Mehrheit der Kreistagsfraktionen bereits zugestimmt, ohne konkrete Details zu kennen. Das kommt einem Blankoscheck zur Privatisierung gleich.

Auch einem anderen Plan hat der Kreistag mehrheitlich einen Freifahrtschein ausgestellt: Der Gründung einer Privatklinik innerhalb des GZW - der GZW Plus GmbH. Mit einer Gesundheitszentrum Wetterau Plus GmbH versucht die Koalition aus SPD und CDU im Kreistag eine Möglichkeit zu schaffen, das irrsinnige Fallpauschalen-Vergütungssystem des Bundes abzufangen. Es ist wohlgerneht das Vergütungssystem, das einst SPD und CDU im Bund gemeinsam beschlossen haben!

Wie funktioniert es? Mit den Krankenhäusern gibt es jährliche Vereinbarungen über die Fallzahlen. Werden Mehrleistungen erbracht – also die vereinbarten Fallzahlen überschritten – wird das Krankenhaus sozusagen „bestraft“. Mit einem Ungetüm namens Fixkostendegressionsabschlag. Für mehr Leistung muss das Krankenhaus zahlen und so sollen die Fallzahlen gedämpft werden. Die Kreistagskoalition aus SPD und CDU will nun die Privatpatienten aus dem Gesundheitszentrum Wetterau herausnehmen und mit der „GZW Plus GmbH“ den Weg für eine Privatklinik frei machen. Dadurch würden die Fallzahlen der anderen -öffentlichen- GZW-Krankenhäuser abgesenkt werden. Auf so was muss man erst mal kommen!

Aber das ist noch nicht alles! Bis 2024 sollen ins GZW 60 Millionen Euro investiert werden. Im Hochwaldkrankenhaus Bad Nauheim wird das Bettenhaus erweitert, es entstehen neue Operationssäle und eine neues Parkdeck. Der größte Teil der Investitionssumme kommt vom Land Hessen, ein kleiner Teil vom Wetteraukreis. Es handelt sich also um öffentliche Gelder.

Bislang sieht es so aus, als warte man die Sanierungen und Baumaßnahmen ab, um danach die Privatklinik in den Räumen zu gründen, die mit den Steuergeldern bezahlt worden sind. Auch auf so was muss man erst mal kommen!

Für eine wohnortnahe und leistungsfähige Gesundheitsversorgung

Grundlegend ist für DIE LINKE. eine wohnortnahe, leistungsfähige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Das ist ein essentieller Bestandteil der Daseinsfürsorge. Schaut man sich die Folgen von Krankenhausprivatisierungen in Hessen an – zum Beispiel beim Uniklinikum Marburg Gießen – sollte eigentlich jedem klar sein, dass dies nur sichergestellt werden kann, wenn Gesundheitseinrichtungen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben.

Der Kreistag muss sich Gedanken um eine flächendeckende ärztliche Versorgung machen und dazu Anreize schaffen. Besonders für den strukturschwachen Ostkreis sind die Anstrengungen um eine gute ärztliche Versorgung zu verstärken.

Die Ansiedlung einer ausreichenden Zahl von Haus- und Fachärzten, Therapeuten und Hebammen muss aktiv betrieben und gefördert werden.

Mit Privatisierungen ist langfristig eine breite Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen keinesfalls gesichert.

Besonders nicht in Bereichen, die geringen Profit abwerfen aber hohe Kosten verursachen. Privatkliniken haben das schon vorgemacht: so schloss zum Beispiel

das Capio Mathilden-Hospital in Büdingen seine Geburtsstation wegen „Unwirtschaftlichkeit“.

DIE LINKE. Wetterau steht für eine strikte Orientierung am Gemeinwohl.

Gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne!

Ein Krankenhaus ist nicht irgendein Arbeitsplatz. Auf keinen Fall darf der steigende Kostendruck, der vor allem durch die Fehler in der Bundespolitik entsteht und an die kommunalen Haushalte weitergereicht wird, auf den Schultern des Pflegepersonals und der Klinikärzte ausgetragen werden. Diese Menschen arbeiten bereits an ihrer Belastungsgrenze für das Allgemeinwohl.

Die Arbeitsbedingungen und die Löhne müssen dieser verantwortungsvollen Tätigkeit gerecht werden. Statt fehlendes Personal im Ausland abzuwerben und damit die dortige Gesundheitsversorgung zu schwächen, braucht es

Verbesserungen für die Beschäftigten im Gesundheitssystem. Und es muss mehr für die Ausbildung getan werden.

Für eine Solidarische Bürger*innenversicherung

Wenn das Gesundheitssystem kaputt gespart und privatisiert wird, trifft das besonders einkommensschwache Menschen. Deshalb steht DIE LINKE dafür, dass die jetzige „Zweiklassenmedizin“ durch eine „solidarische Bürger*innenversicherung“ ersetzt wird. Dieses Konzept sieht eine Krankenkasse für alle vor, ohne Wahlmöglichkeiten. Alle Bürger sollen dort versichert und gleich gut versorgt werden.

Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollen mit allen Einkommensarten in diese Kasse einzahlen. Die bisherige Beitragsbemessungsgrenze soll künftig abgeschafft werden. Kinder sollen kostenlos versichert bleiben.

Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern soll der Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge zahlen, bei Renten soll die Rentenversicherung die Hälfte des Beitrags übernehmen. Wer kein Einkommen hat, bezahlt auch keine Beiträge, ist aber trotzdem versichert.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Keine Fusion des Gesundheitszentrums Wetterau mit Kliniken der Nachbarkreise zu großen Krankenhauskonzernen.
- Keine Privatklinik innerhalb des GZW. Keine Verwendung von Steuergeldern für ein privates GZW Plus.
- Privatisierungen im Gesundheitsbereich lehnen wir grundsätzlich ab. Soweit geschehen, ist mittelfristig eine Rücküberführung der Kliniken in eine Körperschaft öffentlichen Rechts anzustreben.
- Entflechtung des Rechtskonstruktes beim Gesundheitszentrum Wetterau. Ziel ist die Gründung eines transparenten Zweckverbands. Keine profitorientierte neue Gesellschaft „Gesundheitszentrum Mittelhessen“.
- Sicherstellung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung (Haus- und Fachärzte, Hebammen, Therapeuten, usw.).
- Frauengesundheit wieder ausbauen! Wieder Geburtsstationen im Ostkreis schaffen.
- Kinder- und Jugendpsychiatrische Einrichtungen dezentral aufbauen.

- Menschliche Arbeitsbedingungen für alle Fachkräfte im Pflegebereich und angemessene Löhne.
- Verstärkte Kontrollen der privaten Pflegefirmen.
- Keine Schließungen und ausreichende finanzielle Ausstattung noch bestehender kommunaler Pflegedienste.
- Einrichtung einer kreiseigenen Pflegeagentur, die die Betreuung von Pflegebedürftigen fachgerecht übernimmt.

1. 6 Bildung und Kultur

Bildung und Kultur sind neben sozialer Gerechtigkeit entscheidend dafür, dass sich auch zukünftig die Menschen in unserer Region entfalten können und zu einem gemeinschaftlichen Miteinander finden.

Bei öffentlichen Bildungsangeboten müssen neben fachlichen und sprachlichen Kenntnissen zentrale Werte wie Mitmenschlichkeit und Toleranz ebenso wie die musisch-künstlerische Erziehung einen breiten Raum einnehmen.

Öffentliche staatliche Schulen und Bildungseinrichtungen

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass schulische Bildung prinzipiell von der öffentlichen Hand getragen werden muss! Nur so kann Chancengleichheit für alle Schüler*innen, ungeachtet Ihrer sozialen Herkunft, gewährleistet werden.

Aus diesem Grund lehnen wir auch die staatliche finanzielle Unterstützung von Privatschulen grundsätzlich ab - auch wenn wir damit den Nutzen einer Vielfalt unterschiedlicher pädagogischer Ansätze nicht in Abrede stellen wollen. Diese müssen aber in öffentlichen Schulen angeboten werden, damit sie nicht nur Kindern finanzstarker Eltern vorbehalten bleiben.

Die Schule der Zukunft muss eine Ganztagschule und eine Gesamtschule sein:

Eine Schule für Alle!

Derzeit investiert der Wetteraukreis Millionen in die Sanierung seiner Schulen. Mit einem Investitionsprogramm des Landes wurde das ermöglicht. Das ist auch dringend notwendig, weil lange nichts getan worden ist.

Weiterhin wird eine hohe Schulumlage von den Städten und Gemeinden erhoben. Viele Kommunen tragen auch einen Teil der Kosten als freiwillige Leistung mit.

DIE LINKE. fordert seit Jahren ein staatliches Investitionsprogramm zu Sanierung der Schulen.

Niemanden zurücklassen!

Sozial oder gesundheitlich isolierten Schülern muss eine weitreichende Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Dazu bedarf es nicht nur der Solidarität in der Gesellschaft sondern auch einer ausreichenden Finanzierung. Als während der Corona-Zeit die Schulen geschlossen waren, zeigte sich, dass Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten bei einer digitalen Versorgung mit Unterrichtsmaterial oft abgehängt wurden, weil sie zuhause nicht das nötige Equipment hatten. Die Schulen sind nicht in der Lage, digitale Technik zur Verfügung zu stellen. Für die höheren Klassen und vor allem für die Berufsbildenden Schulen wäre dies aber nötig.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt Gleichheit in Bildung und Arbeitswelt. Doch bisher wurden für Kinder mit Behinderung keine zufriedenstellenden Verbesserungen erreicht. Noch immer gibt es kein landesweites bindendes Gesamtkonzept für die schulische Inklusion. Jeder Kreis entwickelt eigene Vorstellungen, die nicht zuletzt von seiner Finanzkraft abhängen. Die hessische Landesregierung sieht Inklusion eher als Sparmodell. Sowieso wird über Inklusion nur im Bildungsbereich nachgedacht, Überlegungen für die Arbeitswelt fehlen gänzlich.

Berufsorientierung und Berufsausbildung müssen Teil einer inklusiven Bildung sein!

Zwar erhalten berufsvorbereitende Lehrgänge an Berufsschulen Unterstützung von den Beratungs- und Förderzentren, doch in der Berufsausbildung hört dann die Förderung auf. Der Start in die Arbeitswelt ist nicht inklusiv!

Nicht zuletzt ist auf die schlechten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten hinzuweisen. Jugendlichen stehen im Wetteraukreis nicht genug Ausbildungsplätze zur Verfügung. Besonders sozial benachteiligte Schüler*innen benötigen ausbildungsbegleitende Hilfen. In strukturschwachen Gebieten, wie dem Ostkreis, muss sich Kreispolitik für überbetriebliche Ausbildung engagieren und mit Betrieben und Verbänden über Ausbildungsmöglichkeiten verhandeln.

Im Wetteraukreis wurden von fünf Förderschulen drei aufgelöst. Beratungs- und Förderzentren betreuen und unterstützen stattdessen Kinder mit Förderbedarf an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen. Eine wohnortnahe inklusive Beschulung gibt es nicht. Die Anzahl der

Förderstunden entspricht nicht annähernd der Stundenzahl, die früher in den Förderschulen zur Verfügung stand.

Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit emotionalen Problemen – z. B. die Kleinklassen für Erziehungshilfe – wurden eingestellt. Verhaltensprobleme müssen sozusagen „nebenbei“ mit bearbeitet werden. Derzeit ist eine vermehrte Psychiatisierung zu beobachten und die Zahl der Schüler*innen steigt, die als unbeschulbar gelten.

Vielfältige Kulturlandschaft

Museen, Theater, Chöre, Orchester, Bibliotheken, Werkstätten, Gedenkstätten, Kulturveranstaltungen und Erwachsenenbildung im Kreis und in den Gemeinden sind wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Es gilt daher, diese zu erhalten, auszubauen und für alle sozialen Schichten, für jung und alt, interessant und zugänglich zu machen.

Die Museen im Wetteraukreis müssen erhalten werden. Nicht nur, weil sie für Touristen interessant sind, sondern weil sie die Identifikation mit unserer Region befördern, die Geschichte zugänglich und kulturelle Vielfalt sichtbar machen.

DIE LINKE. hat sich im Kreistag für die finanzielle Förderung des Kunstgussmuseums Hirzenhain und das 50er-Jahre Museum in Büdingen eingesetzt. Aber auch die anderen Museen - selbst das Wetteraumuseum in Friedberg - leiden an Unterfinanzierung. Es reicht nicht, das renommierte Glauburgmuseum zu fördern und mit Landesmitteln auszustatten. Es reicht nicht, die Burgfestspiele in Bad Vilbel finanziell zu sichern aber anderswo kleine Theater, wie den Fresche-Keller in Ortenberg, finanziell auszutrocknen. Kulturelle Vielfalt ist keine Nebensache und kein Luxus!

Dafür setzt sich *DIE LINKE.* ein:

- Keine Privatisierung – in welcher Form auch immer – von öffentlichen Einrichtungen der Kultur und Erziehung.
- Beschäftigung qualifizierter Pädagoginnen und Pädagogen und gut ausgebildetem technischem und verwaltendem Fachpersonal in ausreichender Zahl in den Schulen und vorschulischen Einrichtungen. Keine Beschäftigung von unqualifiziertem Personal, prekär beschäftigten fachfremden Personen und keine Minijobs mit Minilöhnen.

- Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen müssen angemessene Gehälter gezahlt werden, wie es ihrer Ausbildung und den gestiegenen Anforderungen an ihre Arbeit entspricht.
- Keine Bundeswehr an Schulen!
- Ausreichend finanzielle Mittel zum Erhalt, zur Ausstattung und - wo notwendig - zum Neubau von Kinder- und Jugendeinrichtungen. Erhalt, Ausgestaltung und notwendige Neubauten öffentlicher Schulen dürfen nicht der jeweiligen Kassenlage untergeordnet werden.
Sanierung asbesthaltiger Altbauten, veralteter Sanitäreinrichtungen und undichter Flachdächer.
- Ausreichende Zuweisungen vom Land Hessen an den Wetteraukreis als Schulträger. Bildung ist Landessache. Die Kommunen müssen bei der Schulumlage entlastet werden!
- Schulen müssen wohnortnah sein - auch bei sinkenden Schülerzahlen. Die Klassenstärken sind dann zu reduzieren.
- Ausbau und Einrichtung weiterer Ganztagschulen. Darunter verstehen wir echte Ganztagschulen und nicht bloß Nachmittagsangebote.
Eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung, Sport und die musisch-künstlerische Entfaltung ist zu gewährleisten und Raum für Freizeit. Eine gezielte Förderung muss bestehende Bildungsdefizite ausgleichen.
- Maßnahmen, die „UN-Konvention für die Rechte der Behinderten“ umzusetzen, dürfen nicht zu einer Kürzung der Förderangebote führen. Besondere Förderangebote für gesundheitlich oder soziale isolierte Schüler*innen sind zu erhalten oder wohnortnah zu schaffen. Keine Schwerpunktschulen für inklusive Bildung, sondern gemeinsames Lernen. Keine kostensparende Unterbringung ohne ausreichende Förderung beeinträchtigter Schüler*innen in allgemeinbildenden Schulen oder anderen Einrichtungen, getarnt als „Inklusion“.
- Verringerung der Gruppenstärke in den Kindergärten und Kinderhorten, um eine optimale Betreuung zu gewährleisten.
- Erhalt der Berufsschulstandorte im Wetteraukreis mit einem möglichst breiten Angebot. Statt den Trend zu verstärken, zentral

verschulten Blockunterricht zu erteilen, sollten wohnortnahe Lehrgänge stattfinden.

- Überbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten sollen besonders im Ostkreis geschaffen und die Zusammenarbeit mit Handwerksverbänden und Berufsschulen mit pädagogischen Begleitmaßnahmen unterstützt werden.
- Die Schülerbeförderung muss bedarfsgerecht und kostenlos auch in der Oberstufe angeboten werden.
- Mitbestimmung an den Bildungseinrichtungen.
Beteiligung der Bürger*innen und Betroffenen beim Erhalt, Ausstattung und Neubau von Kinder- und Jugendeinrichtungen.
- Neubau von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen grundsätzlich nach ökologischen Gesichtspunkten – erneuerbare Energien und Energieeffizienz als feste Bestandteile baulicher Veränderungen.
- Keine Zwangsumlagen der Kommunen und des Kreises zur Finanzierung spektakulärer Events der Stadt Frankfurt, denn diese schränken den Gestaltungsspielraum der Kommunen auf dem kulturellen Sektor und anderen Gebieten ein.
- Die Volkshochschule Wetterau erfüllt derzeit nicht den Anspruch einer Bildungseinrichtung zur Volksbildung.
Die aktuelle Ausrichtung, möglichst kostendeckend zu arbeiten, steht diesem Bildungsauftrag entgegen.
Das Angebot der Volkshochschule muss breit und wohnortnah sein. Volksbildung ist Erwachsenenbildung, die weit über das derzeitige Angebot hinaus reicht. Persönliche Weiterbildung und gesellschaftspolitische Themen gehören ins Kursprogramm, so auch Demokratie fördernde, aufklärende und antirassistische Themen.
- VHS Deutschkurse für Migranten und Flüchtlinge – gebührenfrei.

1. 7 Sportstätten erhalten, sanieren und ausbauen

Kein Verkauf, keine Luxus-PPP-Projekte!

Sport vermittelt Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness. Er kann Vorurteile abbauen und Menschen verbinden.

Die große Mehrheit aller ehrenamtlich Aktiven engagiert sich im Bereich des Sports. Bewegung und Sport sind ein wichtiger Bestandteil für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit. Seine positiven Auswirkungen auf die gesundheitliche Rehabilitation sowie die Förderung von Menschen mit Behinderungen sind unbestritten.

Doch viele Sportplätze, Leichtathletikanlagen und Umkleidegebäude in der Wetterau müssten dringend saniert werden. Nach EU-Vorgabe muss Kunstrasen ausgetauscht werden.

Vereine klagen darüber, dass die Sicherheit der Sportler*innen gefährdet ist. All das ist teuer. Viele der dringendsten Arbeiten werden dann ehrenamtlich und auf eigene Kosten ausgeführt. Während beim Spitzensport große Summen fließen, sind die heimischen Sportstätten oft in einem traurigen Zustand. Besonders auch die Schwimmbäder.

Breitensport statt Luxusbäder

In Deutschland sind fast 60% der Zehnjährigen – das sind Schüler*innen der vierten Klasse - keine Schwimmer mehr. Das zeigt eine vom DLRG in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2017. Die Altersgruppe der 60-Jährigen hat zu fast 60 Prozent das Schwimmen in der Schule gelernt. Derzeit lernen dies nur noch 36 Prozent der Kinder. 25 Prozent der Grundschulen haben gar keinen Zugang mehr zu einem Bad – Schwimmausbildung wird so unmöglich.

All das ist Ergebnis einer falschen Politik:

Seit 1990 wurden in der Bundesrepublik 1.600 Schwimmbäder geschlossen. Das hat seine Ursache in der katastrophalen finanziellen Lage vieler Kommunen. So auch bei uns. Im Ostkreis der Wetterau gibt es außer in Gedern keine Hallenbäder mehr. Hier muss etwas passieren um den Schwimmunterricht sicherzustellen.

Neben dem schulsportlichen Aspekt muss es auch Ziel sein, den Vereins- und Breitensport zu fördern oder generell zu ermöglichen. Für Vereine wie die DLRG ist es - insbesondere im Ostkreis - kaum möglich im Winterhalbjahr den Betrieb aufrecht zu erhalten, da Wasserflächen fehlen.

In Bad Nauheim und Bad Vilbel entstehen Thermenlandschaften in fragwürdigen PPP Modellen. Am Ende ist hier eine Preispolitik zu befürchten, die eine regelmäßige Nutzung für einkommensschwache Menschen unmöglich macht.

Es muss erklärtes Ziel sein, Schwimmen als Breitensport für jedermann zu erhalten. Kommunen die ihre Bäder unter diesem Gesichtspunkt betreiben,

sollten gefördert werden, während Prestigeobjekte wie Bad Nauheim und Bad Vilbel kritisch zu hinterfragen sind. Wie kann es sein, dass Steuermitteln in Projekte fließen, an denen sich nur ein Investor bereichert und deren regelmäßige Nutzung aus Kostengründen einer Mehrheit nicht möglich sein wird?

***DIE LINKE.* fordert:**

- Der Kreistag soll sich für Sportanlagen in Öffentlicher Hand entscheiden.
Er soll ein Bäderkonzept und ein Sanierungs- und Investitionskonzept für Sportanlagen erstellen und sich an Bau und Betrieb beteiligen. Der Wetteraukreis tritt mit entsprechenden Forderungen an die Landesregierung heran, damit hier Fördermittel eingestellt werden.
- Die Vereine, die unseren Kindern das Schwimmen beibringen oder ihre Bewegungsfreude wecken, sollten nicht ihrer Trainingsstätten beraubt, sondern bei ihrer wichtigen Tätigkeit unterstützt werden. Auch für sportliche Leistungen und Wettbewerbsfähigkeit im Vereinssport braucht es sichere zeitgemäße Sportstätten!
- Jede Bürgerin, jeder Bürger des Wetteraukreis sollte die Möglichkeit haben, unter zumutbarem zeitlichen Aufwand ein bezahlbares Schwimmbad nutzen zu können.
- Durch PPP Modelle dürfen sich die Kommunen nicht aus der Verantwortung ziehen! Der Bau und Betrieb von Schwimmbädern kann nur durch die Öffentliche Hand erfolgen und muss soziale Aspekte berücksichtigen.
Schülerinnen und Schüler sollen schwimmen lernen können! Sie sollten für den Schwimmunterricht aber nicht länger im Bus sitzen, als sie im Schwimmbad verweilen.
In dem geforderten Bäderkonzept eruiert der Wetteraukreis, für wie viele Schülerinnen und Schüler Schwimmunterricht nach Lehrplan gewährleistet werden muss und welche Anfahrtswege die Schüler hier aktuell in Kauf nehmen müssen.

1. 8 Menschen mit Behinderungen

Rechte garantieren - Verschiedenheit anerkennen

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Das heißt, dass die Ziele der Konvention in allen gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden müssen. Dies erfordert die Inklusion der Menschen mit Behinderung.

Selbstverständlich gilt dies auch für den Wetteraukreis.

Behinderungen sind Bestandteil menschlichen Lebens. Die betroffenen Menschen erfahren eine Isolation von der Gesellschaft. Die isolierenden Bedingungen müssen aufgehoben werden und die gesellschaftliche Teilhabe ist weitgehend zu sichern.

Dafür braucht es sowohl persönliche Unterstützung der Betroffenen als auch die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen, die nicht diskriminieren und bevormunden sondern die gesellschaftliche Teilhabe befördern. Menschen, die mit Behinderungen leben, haben selbstverständliche Rechte auf Unterstützung durch die Gemeinschaft.

Die Bundesregierung hat mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) einen Rahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geschaffen. Leider bringen dieser gesetzliche Rahmen und das dazugehörige Hessische Ausführungsgesetz nicht nur Vorteile für Menschen mit Behinderung, sondern auch neue Probleme.

So ist der Wetteraukreis nun für einen veränderten Personenkreis zuständig: Die Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren mit Behinderungen fallen in seinen Zuständigkeitsbereich. Alle anderen erwachsenen Personen werden vom Landeswohlfahrtsverband (LWV) betreut. Für den Wetteraukreis bedeutet dies vermehrte Steuerungs- und Verwaltungstätigkeit und höhere Kosten. Ob mit diesem so genannten „Lebensabschnittsmodell“ für die Menschen mit Behinderungen weiterhin gleiche Bedingungen in allen Regionen Hessens erhalten bleiben, kann angezweifelt werden. Wenn Kreise unterfinanziert sind, besteht immer die Gefahr, dass soziale Leistungen gekürzt werden.

Weiterhin müssen nun Fachleistungen von existenzsichernden Leistungen getrennt finanziert werden. Die als notwendig erachteten Fachleistungen erbringt weiterhin der LWV. Die existenzsichernden Leistungen erbringt der Wetteraukreis.

Ziel soll eine höhere Selbstbestimmung behinderter Menschen sein. Doch die Frage wird sein: Stärkt diese Regelung die Selbstbestimmung oder überfordert sie die betroffenen Menschen?

Diese Trennung bedeutet, dass Grundsicherung beim Sozialamt beantragt werden muss, dass ein Girokonto selbst verwaltet werden muss und dass davon die Kosten der Unterkunft, die Lebenshaltungskosten und ggf. auch bestimmte Fachleistungen bezahlt werden müssen. Es gelten die Mietobergrenzen des Wetteraukreises, die zwar um 25 Prozent überschritten werden dürfen, doch nicht hoch genug berechnet sind, dass damit eine behindertengerechte Wohnung leicht zu finden wäre. Für die Betroffenen gilt eine Mitwirkungspflicht bei der Regelungen ihrer Angelegenheiten. Können alle diese Anforderungen erfüllen? Und wenn nicht, wer unterstützt sie dabei? Eine Assistenz für diese Mitwirkungspflicht gibt es nicht.

Menschen mit Behinderung haben Rechte!

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Schutz. Die meisten Behinderungen entstehen während eines Arbeitslebens. Gesunde und gesundheitschonende Arbeitsbedingungen haben deshalb erste Priorität. Nach der Prävention kommt der Kündigungsschutz, der verhindert, dass Behinderte aus der Beschäftigung gedrängt werden. Zum Schutz gehört eine gute gesundheitliche Versorgung, die weitgehend sichert, dass sich die Behinderung nicht verschlechtert.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Förderung. Sie müssen finanziell abgesichert sein. Sie brauchen eine umfassende medizinisch-therapeutische Betreuung, Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsmitteln, Verkehrswegen, ihren Wohnungen, ihrem Lebensumfeld sowie schulischen und beruflichen Fördereinrichtungen.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Arbeit. Auch wenn sie nur eingeschränkt arbeitsfähig sind, muss es Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Die Forderungen der Leistungsgesellschaft dürfen keinesfalls Maßstab sein - auch wenn der Arbeitsplatz teurer sein sollte als die Arbeitsleistung des Behinderten, ist für berufliche und soziale Partizipation zu sorgen. Betriebe müssen für Behinderte geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Bildung und Ausbildung. Dies gilt nicht nur für körperlich beeinträchtigte Menschen. Auch durch soziale Deklassierung oder durch psychische Belastung isolierten Kindern und Jugendlichen sind entsprechende Bildungs- und Ausbildungsangebote zu machen. Ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen werden derzeit als

Bildungsverlierer abgestempelt und sie werden nur schlecht in die Gesellschaft eingliedert. Die Politik muss dafür sorgen, dass isolierende Barrieren überwunden werden können.

Die Schulen brauchen für inklusiven Unterricht eine gute Ausstattung, ein fachspezifisches Nachmittagsangebot und flächendeckend Schulsozialarbeit. Auch während einer Berufsausbildung und bei der Eingliederung in die Arbeitswelt muss es eine fachlich qualifizierte Unterstützung geben. Dies alles kann nicht mit „Modellregionen“ oder Schwerpunktschulen erreicht werden. Es muss die Regel im Bildungswesen sein.

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf soziale Kontakte. Dazu gehört in erster Linie ein behindertengerechter öffentlicher Nahverkehr. Es braucht Treffpunkte, Kultur-, Bildungsangebote und Freizeitaktivitäten für Menschen mit Behinderungen.

Für alle diese Aufgaben müssen private Betriebe, öffentliche Betriebe und Kommunen in die Pflicht genommen werden. Die fünf Prozent Quote bei der Beschäftigung Schwerbehinderter ist besonders für große Betriebe zu gering. Es ist nicht so, dass der Wetteraukreis auf diesem Gebiet nichts leistet. Dennoch ist festzuhalten:

Während die Behindertenrechte in aller Munde sind, wurden Sozialleistungen stark gekürzt, wird das Gesundheitswesen privatisiert und verteuert und werden therapeutische Hilfen eingeschränkt. Unterstützungsleistungen werden gekürzt oder entfallen. Es gibt keineswegs ausreichend Arbeits- oder Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung.

Inklusion darf kein Lippenbekenntnis sein, während sich in der Realität die Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderung verschlechtern.

Das will *DIE LINKE*:

- Für Arbeitsplätze für Behinderte im öffentlichen Dienst - deutlich über den gesetzlich geregelten Anforderungen
- Die Ausbildungsquote im öffentlichen Sektor erhöhen. Behinderte und benachteiligte Menschen dürfen nicht abgewiesen werden. Bei Privatfirmen: Wer nicht ausbildet muss kräftig zahlen!
- Für ein überbetriebliches Ausbildungszentrum im Ostkreis.
- Fachlich qualifizierte Unterstützung bei der Berufsausbildung und Eingliederung in die Arbeitswelt.
- Wir fordern eine stärkere Durchsetzung der „Behindertenquote“ bei den im Kreis ansässigen Firmen. Wird diese Quote nicht erfüllt,

müssen sehr viel höhere Ausgleichszahlungen gefordert werden. Gerade größere Unternehmen dürfen sich nicht aus der Portokasse von Ihrer sozialen Verpflichtung freikaufen können.

- Erhalt und Unterstützung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung.
- Für aktive Prävention im Arbeitsleben: in den Schulen muss die Aufklärung zur Sicherheit am Arbeitsplatz Pflicht sein. Der Kreistag muss sich stark machen für eine gute ärztliche Versorgung und selbst Prävention durch Aufklärung betreiben.
- Hilfen bei der Beantragung existenzsichernder Leistungen durch das Sozialamt.
- Einrichtung einer Kontakt- und Vermittlungsstelle bei der Kreisverwaltung für behindertengerechten Wohnraum.
- „Betreutes Wohnen“ kann für viele Betroffene eine Alternative sein und es ist für ausreichende Einrichtungen zu sorgen.
- Barrierefreie Sozialwohnungen müssen gebaut werden.
- Der Pflegegrundsatz „ambulant vor stationär“ ist nach den Interessen der Betroffenen zu gestalten. Aufgrund ambulanter Pflege darf keine Isolation entstehen – weder für die Gepflegten noch für die Pflegenden.
- Erhaltung der Kurangebote im Kreis.
- Ausreichende finanzielle Sicherung für Kranke und Behinderte, Hilfen bei hohen Therapiekosten und bei Pflegemitteln.
- Kein Wettrennen der Pflegedienste um die niedrigsten Pflegesätze zu Lasten der Betroffenen. Qualität und Quantität der Betreuung müssen stimmen.
- Treffpunkte (nicht nur) für Behinderte. Kulturprogramm, Bildungsangebot, Freizeitgestaltung – wohnortnah und erreichbar in Büdingen, Nidda, Kefenrod, Bad Vilbel, Karben, Friedberg, Bad Nauheim und Butzbach.
- Der Wetteraukreis soll „barrierefrei“ werden, um Mobilität zu erleichtern und zu gewährleisten. Der ÖPNV muss behindertengerecht umgestaltet werden! Menschen mit Behinderung muss das Ein- und Aussteigen bei Bussen und Bahnen selbständig möglich sein.

- Wir fordern deutlich ermäßigte Eintrittspreise (siehe auch Sozialpass) für Menschen mit Behinderung bei kulturellen Veranstaltungen und in öffentlichen Einrichtungen (Museen, Schwimmbäder, etc.) und beim ÖPNV.

1. 9 Selbstbestimmtes Leben im Alter

Der wachsende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird zunehmend als Vorwand genutzt, um die Leistungen der Alterssicherung abzubauen und zu privatisieren. Altersarmut ist stark angewachsen. Insbesondere Frauen sind aufgrund Ihrer Biografie (Kindererziehung, Pfl egetätigkeiten in der Familie, Halbtagsstätigkeiten, Arbeitslosigkeit etc.) stark betroffen. Für solche Biografien wurde eine Grundrente diskutiert, ihre Umsetzung wird jedoch von unternehmerfreundlichen und unsozialen Parteien hinausgezögert und boykottiert.

Durch Entlassungen und so genannte „sozialverträgliche“ Lösungen werden viele ältere Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Arbeitsleben verdrängt. In vielen Unternehmen finden sich kaum mehr Mitarbeiter*innen über 55. Gleichzeitig wurde das Rentenalter auf 67 Jahre heraufgesetzt, um die Alterssicherung weiter abzubauen. Die Arbeitgeber ziehen sich zunehmend aus der Verantwortung und bauen ihren Anteil an der Rentenversicherung ab. Für Leistungsberechtigte des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) werden keine Rentenbeiträge mehr eingezahlt.

Für viele alte Menschen werden die Renten bereits in naher Zukunft nicht einmal für die Grundbedürfnisse ausreichen.

Aktive und selbstbewusste Seniorinnen und Senioren sind aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft. Die Lebensleistung der älteren Generation muss respektiert werden. Jegliche Diskriminierung aus Altersgründen muss unterbleiben. Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotential älterer Menschen müssen gefördert und genutzt werden.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Die Rente erst ab 67 muss rückgängig gemacht werden. Jede und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.

- Eine Grundrente besonders für Frauen und Niedrigverdiener*innen ist dringend nötig!
- DIE LINKE will die durch Steuern finanzierte Subvention der Versicherungswirtschaft beenden. Lebensstandardsicherung und Freiheit von Armut wird im LINKEN Rentenkonzept allein durch die Solidarische Rentenversicherung erreicht, in die ALLE einzahlen. Wir sind gegen die Absenkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung.
- Schaffung von bezahlbaren Alten- und behindertengerechten Wohnungen durch die Städte und Gemeinden. 1/5 der neu gebauten Wohnungen sollen barrierefrei sein. Selbständigem Wohnen ist Vorrang vor anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu geben.
- Ambulante soziale Dienste und Pflegehilfen gehören in den öffentlichen Sektor. (Positives Beispiel ist Schweden: dort besteht ein Recht auf häusliche Pflege oder wahlweise stationäre Pflege.) Die Kosten dafür müssen aus der Pflegeversicherung gedeckt werden. Das bedeutet, dass die Arbeitgeber wieder mit höheren Beiträgen an der Renten- und Pflegeversicherung beteiligt werden müssen.
- Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren mit Kulturprogramm, Bildungsangebot, Freizeitgestaltung – wohnortnah in Büdingen, Nidda, Kefenrod, Bad Vilbel, Karben, Friedberg, Bad Nauheim und Butzbach
- Einführung eines Sozialpasses (*vgl. Abschnitt 1.6*), damit auch Seniorinnen und Senioren mit geringer Rente am kulturellen Leben teilnehmen können und der Vereinsamung vorgebeugt wird.
- Erhalt der gesetzlichen Rentenversicherung. Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung (d.h. auch von allen Freiberuflern, Selbständigen und Beamten)
- Arbeitgeberanteil an der Rentenversicherung wieder paritätisch regeln.

1. 10 Migration und Flucht

Internationale Vielfalt statt nationaler Einfalt!

Die Zahl der Geflüchteten, die im Wetteraukreis Zuflucht suchen, ist seit 2015 wieder stark zurückgegangen. Flüchtlingssammelunterkünfte wurden

inzwischen geschlossen oder wurden beim Kreis zentralisiert. Viele Neubürger*innen haben inzwischen eine Arbeit oder Ausbildung gefunden. Schwierigkeiten gibt es auf dem Wohnungsmarkt. Es stehen viel zu wenig bezahlbare Wohnungen zur Verfügung. Der Wetteraukreis und die Kommunen sehen noch immer keine Notwendigkeit für einen sozialen Wohnungsbau (*vergl.: Kapitel 1.1*) Dem Wohnungsproblem muss größte Beachtung geschenkt werden, denn Konkurrenz um preiswerten Wohnraum und ein aufgeheizter Wohnungsmarkt öffnen rechter Hetze Tür und Tor!

Der Wetteraukreis hat in seinen Sammelunterkünften derzeit Plätze frei. Doch die Bundesregierung lässt Flüchtlinge an der griechischen Grenze unter Missachtung jeglicher Menschenrechte vegetieren, statt sie aufzunehmen. Immer noch besteht das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei, das Deutschland erpressbar macht. Immer noch exportiert Deutschland Waffen in Rekordhöhe, befeuert damit bewaffnete Konflikte und Kriege und schafft damit weitere Fluchtursachen. Auch deutsche Konzerne und Banken verhindern eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, wodurch armen Ländern eine reale Entwicklungsperspektive verwehrt bleibt. Jeder Euro, den Deutschland an Entwicklungshilfe ausgibt, kommt mit doppeltem Wert zurück. Multinationale Firmen transferieren hunderte Milliarden legal an ihre Aktionäre im Norden. Etwa eine Billion Dollar verlieren die Süd-Länder, weil sie Zinsen für Schulden zahlen oder neue Schulden aufnehmen müssen. Und nicht zuletzt leiden diese Länder am meisten unter der Klimaveränderung, deren Ursachen in erster Linie die verschwenderische Wirtschaftsweise der kapitalistischen Länder Europas und der USA ist. Die Zahl der Menschen, die an Unterernährung leiden, ist seit 2015 wieder angestiegen: Von 784 Millionen auf 821 Millionen.

Deutschland ist also bei der Entstehung von Fluchtursachen beteiligt! Schon deshalb darf es sich nicht seiner Verantwortung entziehen, Geflüchtete aufzunehmen. Weltweit sind fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 86 Prozent davon leben in Entwicklungsländern. Die Allerwenigsten kommen nach Europa: nämlich nur fünf Prozent. Und von diesen erreicht wiederum nur ein Bruchteil Deutschland. Von einer Invasion in unser Land kann also keine Rede sein. Aber die Eindämmung der Fluchtursachen wäre eine dringende Aufgabe deutscher Politik!

Überall in Deutschland gibt es Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund. Das soll in der Wetterau keine Nachahmung finden! Deswegen sollten alle politischen Entscheidungen auf ein positives Klima ausgerichtet sein.

Das Ausländeramt Wetterau stand wegen seiner repressiven Arbeit lange in der Kritik. Derzeit hat sich die Lage offensichtlich etwas beruhigt und es wurde Personal aufgestockt. Das ist positiv. Für eine langfristige Integration reicht das aber noch nicht. Es fehlt beispielsweise immer noch an Beratungen, die mit Dolmetschern unterstützt werden, an Sprachkursen, Bildungsangeboten usw.. Wir sagen nach wie vor: Die Flüchtlingsarbeit ist nicht nur mit ehrenamtlich engagierten Menschen zu bewältigen. Dazu braucht es professionelle Strukturen. Ehrenamtliche Arbeit hilft den Geflüchteten, sich vor Ort zurechtzufinden und mit Menschen in Kontakt zu kommen. Doch dürfen ehrenamtliche Helfer*innen nicht verheizt werden. Integration ist eine langfristige Aufgabe.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Doch dieser Tatsache wird nicht Rechnung getragen: Nach mehr als 50 Jahren Migrationsgeschichte müssen wir feststellen, dass viele Migrantinnen und Migranten noch immer kein Wahlrecht haben. Die Hessische Landesregierung hat sogar das Recht auf Ausländerbeiräte ausgehebelt, statt deren Mitbestimmungsmöglichkeiten zu verbessern!

Auch die soziale Situation hat sich nicht entscheidend verbessert: Migranten finden schwerer eine Wohnung, bekommen oft nur unqualifizierte Arbeit und sind nicht ins gesellschaftliche Leben einbezogen. Die Bildungs- und Ausbildungschancen der Kinder von Migrant*innen haben sich sogar verschlechtert. Viele sind Hass und Diskriminierung wegen ihrer Volkszugehörigkeit oder Religion ausgesetzt. Die wirtschaftliche Nützlichkeit der Migranten steht meist im Vordergrund und nicht die Integration von Menschen.

Der Wetteraukreis braucht eine offene Migrationspolitik, die auf Ausgrenzung verzichtet, die Rechte der Migrantinnen und Migranten stärkt und ihre soziale Lage verbessert. Dafür bedarf es unterstützender Maßnahmen zur Integration am Wohnort, in Kindergarten und Schule, in der Berufsausbildung, in den Vereinen, in der Bekämpfung von Armut und Benachteiligung.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Kommunales Wahlrecht für alle Einwohner*innen des Wetteraukreises, die länger als fünf Jahre hier leben.
- Ausländerbeiräte sind zu stärken: Stimmberechtigung in den kommunalen Parlamenten, Initiativrecht für Anträge, Mitbestimmung bei schulischen Entscheidungen. Integrationsbeiräte, die nicht gewählt werden und nicht einmal aus ausländischen Bürger*innen

bestehen brauchen, lehnen wir ab. Die Hessische Landesregierung muss diese Gesetzesänderung zurücknehmen!

- Eine Wohnungs- und Kommunalpolitik, die als Ziel die Integration und die Achtung der kulturellen Identität von Migrantinnen und Migranten hat. Entsprechende Initiativen aus der Gesellschaft verdienen besondere Unterstützung.
- Anerkennung der im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen und Kompetenzen.
- Deutschunterricht muss als öffentliche (und nicht private) Aufgabe organisiert sein. Die Volkshochschule kann als Anbieter fungieren. Die nötigen Mittel müssen in den Kreishaushalt eingestellt werden.
- Stärkung der Treffpunkte und Beratungsstellen, die gegen die Isolation von Migranten und Geflüchteten arbeiten, insbesondere der Frauen. Dazu gehören eben nicht nur Sprachkurse und Staatsbürgerkunde, sondern auch Erziehungsberatung, Schullaufbahnberatung, Vermittlung von Arbeitserlaubnissen, Arbeitsmöglichkeiten uvm.
- Für die Aufnahme von Geflüchteten, wenn Kapazitäten frei sind.
- Für eine menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerber*innen und Flüchtlingen. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen sind dezentrale und ortsnahe Standorte anzustreben und auf die Einhaltung von Mindeststandards zu achten.
- Es ist sicherzustellen, dass die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde die Migrantinnen und Migranten menschenwürdig behandeln. Der Landrat hat seine Dienst- und Fachaufsicht konsequent wahrzunehmen! Beratungen müssen durch einen Dolmetscherdienst unterstützt werden.
- Kreis und Kommunen setzen sich mit ihrer ganzen Kraft dafür ein, Abschiebungen zu verhindern: Integration statt Abschiebung! Dies gilt besonders für Jugendliche und Kinder.
- Langjährig geduldete oder asylsuchende Menschen - auch ohne Papiere - müssen ein Bleiberecht erhalten, damit ihr Aufenthalt langfristig absichert ist und ihre Integration möglich wird.

2. Konsequent für Klima- und Umweltschutz

2.1 Mobilität für alle Bürger*innen

- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radwegenetzes

- Mobilität auch für den Ostkreis

Ein zentraler Punkt des alltäglichen Lebens ist die Frage der Verfügbarkeit von Mobilität. Zur Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben ist Mobilität unverzichtbar. Der Arbeitsplatz, die Schule oder Universität, eine Gesundheitseinrichtung oder auch ein Freizeitangebot sind zu Fuß oft nicht zu erreichen.

An diesem Punkt spaltet die Gesellschaft in Menschen, die mobil sind (z. B. über ein Auto verfügen) und solche, die es aus den unterschiedlichsten Gründen nicht sind (Geldprobleme, Alter, Krankheit, etc.). Die erst genannte Gruppe hat mit dem Erreichen der genannten Orte in der Regel kein Problem, für die andere Gruppe gestaltet sich das zuweilen sehr schwierig.

Deshalb verfolgt unsere Kommunalpolitik das Ziel, Mobilität für alle zugänglich zu machen, soziale Isolation aufzubrechen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Der Fokus auf den motorisierten Individualverkehr steht diesem Ziel im Wege. Stattdessen brauchen wir integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichteren Umstieg im Berufs- und Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote. Radverkehr, motorisierter Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb müssen miteinander vernetzt werden.

Angesichts der Bedrohung durch den Klimawandel müssen wir den Verkehr sozialökologisch umbauen. Die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs steht – neben dem Rad- und Fußverkehr - im Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik. Die Wetterau ist von einer auch nur ausreichenden Versorgung weit entfernt, trotz ihrer Lage an einem Ballungsgebiet.

Der Mobilität für jede*n stehen außerdem die Fahrpreise im Weg, die für einkommensschwache Menschen schwer finanzierbar sind und immer weiter steigen. Der RMV ist im deutschlandweiten Vergleich der viert-teuerste Verkehrsverbund. Viele Pendler*innen, die in Frankfurt arbeiten, leben in der Wetterau. Die Schüler*innen- und Seniorentickets für 365 Euro gehen in die richtige Richtung, doch sie helfen Menschen im Niedriglohnsektor oder Grundsicherungsbezug nicht. DIE LINKE strebt deshalb einen Nulltarif an.

Mit guten Verkehrsverbindungen könnte auch vermieden werden, dass Jugendliche den Wetteraukreis verlassen. Die Attraktivität eines Wohnorts ist davon abhängig, wie Schulen, Universitäten, Arbeitsstätten oder Freizeiteinrichtungen erreichbar sind.

Verkehr ist in Deutschland für ein Fünftel des Treibhausgases CO₂ verantwortlich. Es ist der einzige Bereich, in dem der Ausstoß von Treibhausgasen steigt. Gemäß dem Motto „global denken – lokal handeln“ sollte sich eine zukunftsfähige, kommunale Verkehrspolitik daher unter anderem stark an der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen orientieren.

Ein letzter, nicht minder wichtiger Punkt ist die Frage der durch Verkehr verursachten Lärm- und Schadstoffemissionen (Emissionen sind das, was an Belastungen ausgestoßen wird). Hier gilt: Verkehrsvermeidung und Flugverkehrsvermeidung sind langfristig der beste Emissionsschutz!

Radwegenetz ausbauen!

DIE LINKE unterstützt den Ausbau des Radwegenetzes in der Wetterau, der sich derzeit auf die Schließung von Radwegelücken konzentriert.

Doch wir treten darüber hinaus für ein Radnetz ein, das Alltagswege (Arbeitsstelle, Schule, Arztbesuch, Einkaufen, usw.) ohne Umwege ermöglicht. Ein Radnetz für Freizeitfahrten reicht nicht aus!

Wir unterstützen daher direkte Radschnellwege zwischen den größeren Kommunen des Wetteraukreises und nach Frankfurt. Und wir unterstützen den Ausbau von Ladestationen für E-Bikes.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Eine zukunftsfähige Stadt- und Verkehrsplanung, die Wege reduziert und ihren Schwerpunkt auf den ÖPNV legt.
- Jeder Straßenneubau im Kreis ist kritisch zu prüfen. Allgemein gilt dabei der Grundsatz: Verkehr vermeiden ist besser als Verkehr verlagern.
- Ein ÖPNV zum Nulltarif. Bis dies erreicht wird, fordern wir Sozialtarife und ein Sozialticket zur Nutzung des ÖPNV. Dies erhöht die Attraktivität und macht Mobilität auch für einkommensschwache Menschen möglich. Da der Finanzierungsanteil aus den Fahrkarten meistens unter 50 % der Gesamtkosten liegt, ist dies finanziell leistbar. Zur Gegenfinanzierung kann die Fahrtkostenerhebung eingespart werden: keine Automaten, keine Kontrolleure, etc..

Auch die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung können herangezogen werden.

- An den Hauptstrecken einen integralen Fahrplan mit tagsüber 15-Minuten-Takt für alle Linien (Bus und Bahn), in den Abendstunden in Intervallen von 30 Minuten und in den Nachtstunden (zwischen 0 und 6 Uhr) von einer Stunde. Auch alle anderen Strecken brauchen regelmäßige und zuverlässige Anbindungen an den ÖPNV.
- Jedes Dorf braucht eine Busanbindung. Dies gewährt eine Grundmobilität für alle. Das Bus- und Bahnnetz sollte so angelegt sein, dass die nächste Bushaltestelle in der Regel nicht weiter als 500 m entfernt ist und von dort aus eine realisierbare Anbindung an die Schiene besteht.
- Die Fahrpläne der Nebenstrecken müssen mit denen der Hauptstrecken abgestimmt werden. Keine langen Wartezeiten wegen ungünstiger Anschlüsse!
- Verbesserung der Verkehrsanbindung der einzelnen Gemeinden durch Linien-Sammel-Taxis oder Anrufsammelbusse in den Abendstunden (AST) und am Wochenende, was mit einem vertretbaren Finanzaufwand durchaus möglich ist. Dies darf nicht auf Kosten der vorhandenen Buslinien gehen.
- Erheblicher Ausbau und Beschleunigung der Bus- und Zugverbindungen aus dem Ostkreis nach Frankfurt und nach Friedberg, auch abends und nachts.
Ein integriertes Nachtbussystem mit Anbindung an Frankfurt.
- Eine sehr sinnvolle Form von Elektromobilität ist der Schienenverkehr. Wir setzen uns für ein Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung der bisher von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken in Hessen ein.
- Eine alternative Verkehrsanbindung für alle Fahrten bei Zugausfällen oder Verspätungen ab einer Stunde.
- Schnellstmöglicher vierspuriger Ausbau der S6 von Frankfurt über Bad Vilbel nach Friedberg. Damit verbunden die Einführung eines durchgängigen 15 Minuten-Taktes der S6 bis nach Friedberg und mittelfristig bis Butzbach.

- Einführung eines Fifty-Fifty-Taxis. Mit diesem Angebot können Jugendliche am Wochenende zum halben Preis Taxen nutzen. Das Programm soll dabei unbürokratisch umgesetzt werden.
- Verbesserungen für alternativen Autoverkehr: Car-sharing-Stützpunkte, Tankstellen für E-Autos und Autogas.
- Ein Nachtfahrverbot für LKW in allen Orts- und Stadtdurchfahrten, auch auf Bundesstraßen.
- Innerdeutscher Flugverkehr (unter 1000 km) muss auf die Schiene!
- Ausbau des Radwegenetzes in der Wetterau. Eine Verbesserung der oft schlechten Beschilderung, das schnellstmögliche Schließen inner- und außerörtlicher Lücken im Radwegenetz sowie der mehr als überfällige Ausbau und die Sanierung der Wetterauer Fernradwege stellen hier zentrale Punkte dar.
Der Fahrradverkehr darf nicht nur für Freizeitradler geplant sein. Er muss alltagstauglicher werden!
- Den ÖPNV so ausbauen, dass perspektivisch eine Mobilitätsgarantie für alle Bürger*innen des Wetteraukreises möglich wird.

2. 2 Für eine Zukunftsfähige Energiepolitik

- Volle Kraft für die Energiewende

- Arbeitsplätze in der Region schaffen

- Energieverschwendung stoppen

Ein Großteil der Energieerzeugung (Stromerzeugung, Antriebsstoffe im Fahrzeugsektor, Wärmeversorgung) geschieht zurzeit immer noch unter Verwendung fossiler Brennstoffe oder unter Nutzung der Atomkraft. Beide Erzeugungsarten bringen nicht verantwortbare Gefahren mit sich und dürfen nicht länger Grundlage der Energiepolitik sein.

Zwei Probleme sind existenziell für die Menschheit: die Erderwärmung und der Ressourcenverbrauch bei begrenzten Vorkommen.

Soll nicht weiter Raubbau mit den Ressourcen getrieben und die Klimaerwärmung mit ihren katastrophalen Folgen gestoppt werden, darf die Energiewende nicht im derzeitigen Schneckentempo weiter gehen.

Bundesweit muss es ein Investitionsprogramm geben, zu dem auch die Länder und Landkreise ihren Beitrag leisten müssen. Die Wende zur regenerativen

Energieerzeugung muss mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit flankiert werden, um den Kampagnen der Energiekonzerne und der rückwärts gerichteten Initiativen zu begegnen.

In einer Übergangszeit ist die Nutzung von Erdgas – und hier besonders der Einsatz in dezentralen Blockheizkraftwerken - sinnvoll. Auf keinen Fall sind umweltzerstörende Technologien zu befürworten, wie Fracking. Und die Forschung zur Nutzung regenerativer Energien muss vorangetrieben werden, um diese Übergangszeit so kurz als möglich zu halten.

DIE LINKE unterstützt eine Wende zu regenerativen Energien, insbesondere wenn sie dezentral organisiert und mit Bürgerbeteiligung finanziert ist. Neben dem Umweltschutz ist die Schaffung neuer vor allem auch regionaler Arbeitsplätze ein großer Vorteil der Energiewende.

Zwei Prozent der hessischen Fläche soll laut Landesregierung für Windkraftwerke zur Verfügung stehen. Doch der Ausbau der Windenergie kommt nicht ausreichend voran. Durch das massenhafte Verbot von Repowering (wenige neue ersetzen viele alte Windkraftanlagen) besteht sogar die Gefahr eines Stillstandes. Nicht nur, dass die Initiative „Gegenwind Hessen“, mit ihren Wetterauer Ablegern, eine lautstarke Kampagne fährt und sich mit der AfD und FDP vernetzt – auch die Landesregierung selbst setzt ihre Ziele nicht mit Nachdruck um. In den Städten und Gemeinden des Wetteraukreises herrscht Unsicherheit und wegen der lautstarken Proteste fürchten Kommunalpolitiker um ihre Wiederwahl. Doch nicht wer am lautesten schreit hat auch Recht. Die Aussagen, Windräder seien zu laut oder zu hässlich, sind keine stichhaltigen Argumente.

Der Weg zur Energiewende braucht den Ausbau der Windkraft. Ein zurück zur Kernenergie oder zur Kohle ist die falsche Richtung. Der Klimawandel schädigt die Wälder oder die Vogelwelt in der Wetterau schlimmer und nachhaltiger als Windkraftanlagen dazu in der Lage wären, ganz abgesehen von den langfristigen Folgen.

Alle geeigneten Standorte in der Wetterau mit einer Windgeschwindigkeit ab 6 m/s werden im Regional- oder Landesentwicklungsplan als Planungsfläche ausgewiesen und zwar unabhängig davon, ob Wald-, Wiesen- oder Ackerfläche. Neubauten von Windkraftanlagen sind immer Einzelfälle bei denen Gefährdungen, wie z. B. für den Rotmilan, den Schwarzstorch oder die Flugsicherung geprüft werden müssen. Das sind aber keine automatischen Ausschlusskriterien.

Natürlich gibt es auch berechtigte Einwände, wenn Windkraftanlagen gebaut werden. So sollten die Windparks wenigstens 1000 m Abstand zur

geschlossenen Bebauung und zu historischen Ensembles haben. Bei geplanten Anlagen mit Bürgerbeteiligung und entsprechender Akzeptanz sollten aber auch geringere Abstände möglich sein.

Jede Energiegewinnung hat auch Nachteile. Jedoch sind sie bei der Windenergie vergleichsweise gering. Europaweite Ausschreibungen und der Bau von Windkraftanlagen durch große Energieunternehmen schüren eher die Ablehnung. Nötig sind Anlagen, die von den Kommunen selbst - am besten mit Bürgerbeteiligung - oder von Genossenschaften errichtet und betrieben werden. Auch die von den Landkreisen getragene OVAG mit ihrer 100 %-Tochter HessenEnergie, kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Offshore Windanlagen werden oft als Alternative zu den Windanlagen in der Region genannt. Aber diese Offshore-Windparks können ausschließlich von großen Energieunternehmen finanziert und gebaut werden. Hier spielt der Schutz des Meeres gar keine Rolle und es gibt auch keine demokratische Kontrolle. Hier geht es nur um den Profit und um staatliche Subventionen. Außerdem muss der Offshore-Strom aufwändig über Land transportiert werden. Derzeit in Planung: der so genannte „Südlink“, der auch mit einem Ableger durch die Wetterau führen soll. Es ist nicht logisch nachzuvollziehen, warum Windkraftanlagen in der Wetterau schlechter sein sollen als Megastromtrassen.

In der Wetterau wurden zahlreiche neue Biogasanlagen gebaut. Wir befürworten den Bau von kleinen Biogasanlagen, wenn Genossenschaften oder bäuerliche Zusammenschlüsse die Betreiber sind. Großanlagen mit hohem Bedarf an (importierter) Biomasse sehen wir kritisch. Den Anbau von Nutzpflanzen in Monokultur und allein zur Energiegewinnung, lehnen wir ebenso ab wie Biomasse, die nicht aus der Wetterau oder der Region kommt (z.B. in Berstadt: Hühnermist aus Holland).

An öffentlichen Gebäuden ist Solarthermie zu fördern. Im Winter kann damit die Heizung unterstützt werden. Im Sommer eignet sich diese Technik auch zur Kühlung.

Photovoltaikanlagen sollen zum Eigengebrauch und an öffentlichen Gebäuden gefördert werden, denn sie helfen, den Energiebedarf zu senken. Leider ist seit der EEG-Novellierung, die die Bundesregierung zu Gunsten der großen Konzerne beschlossen hat, diese Technik stark eingebrochen. Eine verstärkte Rolle sollen Photovoltaik-Anlagen in Verbindung mit Speichern spielen.

Auch Energieeinsparungen schonen die Ressourcen. Finanzielle Anreize zum Bau von Niedrig- und Passivenergiehäusern und energetischen Sanierungen halten wir für sinnvoll. Dies gilt auch für kommunale Gebäude z. B. die

angedachte Bebauungsfläche für Plusenergiehäuser in Niddatal. Dabei können Bürger*innen einbezogen werden – beispielsweise bei der Finanzierung und Betreuung von Heizungsanlagen, die für einen gerechten Preis Wärme liefern. Die Förderung bei Privatgebäuden sollte daran gebunden sein, dass nach der Sanierung nicht die Miete erhöht wird und dass natürliche Dämmstoffe verbaut werden.

Blockheizkraftanlagen und Fernwärme müssen bei Neubaugebieten Standard sein und sollten in den Bebauungsplänen festgeschrieben werden.

Das Klimaschutzkonzept des Wetteraukreises ist nicht ausreichend für eine Energiewende und es muss auch einen höheren Stellenwert erhalten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Strom und Wärme zentrale Anforderungen der Grundversorgung sind. Sie müssen jedem frei zugänglich sein und dürfen nicht zum Spielball von Gewinninteressen werden.

Als Mehrheitseigner der OVAG hat der Kreis umfassende Einflussmöglichkeiten auf die kommunale Energieversorgung.

Wir wollen diese Möglichkeiten im Sinne einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung nutzen!

Dazu gehört: Stromnetzerneuerung und Netzausbau im Gebiet der OVAG, ein Sozialtarif und keine Stromabschaltungen für einkommensschwache Haushalte, Hilfen beim Kauf von energieeffizienten Elektrogeräten für einkommensschwache Haushalte, Förderung der regionalen Wirtschaft statt Beteiligung an Großprojekten (z.B. Kraftwerk in Bremen), Abbau von bürokratischen Hindernissen durch die OVAG beim Weiterbetrieb von Photovoltaik- und Windkraftanlagen die ab 2021 aus dem EEG laufen und Unterstützung beim Anschaffen von Photovoltaik-Kleinanlagen auf Balkonen durch Verzicht auf technische Hürden.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Für finanzschwache Haushalte wollen wir einen Sozialtarif für Strom und Gas, der ein Kontingent zu vergünstigten Preisen bereitstellt. Ergänzend schafft der Wetteraukreis mit der OVAG einen Fonds, um den Erwerb sparsamer Verbrauchsgeräte zu ermöglichen. Keine Stromsperrungen bei Zahlungsverzug.
- Den Energiemix der OVAG wollen wir grundsätzlich umstellen. Der Anteil regenerativer Energien am Strommix soll jährlich um mindestens 10 % steigen. Dabei sollen alle nachhaltigen Energieträger genutzt werden.

- Die OVAG soll verstärkt (gemeinsam mit den Bürgern und deren Zusammenschlüssen in Energiegenossenschaften) selbst als Erzeuger regenerativer Energien eintreten. Dies schließt die Errichtung moderner Windparks an geeigneten Standorten in der Wetterau ein! In diesem Zusammenhang fordern wir Investitionen in grundlastfähige Hybridkraftwerke und andere Speichertechnologien.
- Beteiligungen der OVAG oder anderer Kreisbetriebe an fossilen Kraftwerken lehnen wir ab.
- Der Verkauf von Atomstrom seitens der OVAG ist schnellstmöglich einzustellen. Entsprechende Abnahmeverträge sind zum juristisch nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.
- Energieeinsparung heißt weniger Kraftwerke und weniger Belastung für die Natur. Eine kostenlose Energieberatung durch den Energieversorger OVAG soll für alle Verbraucher möglich sein. Eine Analyse des Stromverbrauchs in den einzelnen Haushalten ist durchzuführen.
- Veröffentlichung des Energieverbrauchs des Landkreises aufgeschlüsselt nach seinen Gebäuden.
- Passivbauweise wird bei allen Neubauten des Landkreises verpflichtend umgesetzt.
- Solartechnik muss gefördert werden. Es ist zu prüfen, auf welchen kreiseigenen Bauten Solaranlagen errichtet werden können. Im Photovoltaik-Bereich treten die Linken gegen die verfehlte Politik der Grünen an, die nicht mehr dezentrale Anlagen in den Ausschreibungen des Kreises verlangen. Ein Mix aus Wetterauer Handwerksbetrieben, Betreibern aus der Wetterau und in Deutschland produzierter Technik hat Vorrang vor der nun auch von den Grünen praktizierten Gewinnmaximierung.
- Wärmetauscher für das Brauchwasser werden gefördert.
- Die Linken setzen sich für eine sinnvolle Elektromobilität ein. Als nicht sinnvoll sehen wir E-Fahrzeuge an, die mit einem Kohle- und Atomstrommix aufgeladen werden und ebenso Elektro-SUVs und ähnlich energieintensive Fahrzeuge, die ständig eine hohe Batterielast befördern müssen und somit auch Energieverschwender sind.
Wir sind dafür, E-Bikes und Elektrolastenfahrräder zu fördern.
Gefördert werden soll als Alternative Wasserstoffproduktion aus

erneuerbaren Energieanlagen, dabei die Nutzung des gelegentlichen Überschussstromes, Einsatz des Wasserstoffs in Fahrzeugen (primär bei Bussen, LKWs und bei der Bahn) mit hoher Reichweite (500 km) und die Möglichkeit der Rückspeisung ins Netz als Regelenergie bzw. der Nutzung im Gasnetz und bei Blockheizkraftwerken.

- Der motorisierte Individualverkehr muss deutlich verringert werden!

2.3 Wasser

Unser Lebenselixier vor Raubbau schützen!

Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Grundrecht. Die Wasserversorgung gehört in Öffentliche Hand.

Weltweit steigt die Gier der Konzerne auf die Wasserressourcen. DIE LINKE spricht sich mit Nachdruck gegen jegliche Privatisierung der Wasserversorgung aus. Aber nicht selten agieren auch öffentliche Betriebe profitgetrieben. Finanziell unterversorgte Landkreise und Kommunen verdienen am Wasserverkauf. Zum Schutz der Wasserressourcen braucht es Transparenz bei den Wasserbetrieben und eine demokratischen Kontrolle.

Der Klimawandel und die damit einhergehenden heißen Sommer und niederschlagsarmen Winter belasten die Wasserressourcen. Seit 2015 fielen immer wieder Quellen im Vogelsberg und Zuflüsse der Nidda trocken. Diese Entwicklung darf nicht noch durch eine exzessive Wasserentnahme, Raubbau und fehlendes Wassermanagement verschärft werden.

Die Metropolregion Frankfurt wird größtenteils mit Fernwasser versorgt. Das Wasser kommt aus dem Vogelsberg, dem Wohratal, dem Burgwald im Kreis Marburg-Biedenkopf, dem Spessart, dem hessischen Ried. In ganz Süd- und Mittelhessen wird Wasser abgepumpt.

Dabei hat die Rhein-Main-Metropolregion reiche eigene Wasservorräte. In den vergangenen Jahren wurden jedoch Frankfurter Trinkwasserbrunnen stillgelegt, weil ihre Wartung teurer ist, als Fernwasser einzukaufen. Es wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, Betriebswassersysteme auszubauen. Mit aufbereitetem Mainwasser könnten die städtischen Anlagen bewässert werden. Mindestens die Toilettenspülungen der öffentlichen Gebäude könnten mit Betriebswasser laufen. Und für alle Neubau- und Sanierungsgebiete müssten Betriebswassersysteme Vorschrift sein. Dass die Grundwasserressourcen des Umlands leergepumpt werden, muss aufhören!

In der Wetterau ist der ZOV (Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe) für die Wasserversorgung zuständig. Unter seinem Dach ist die OVAG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft) der Hauptakteur bei der Wasserförderung und beim Wasserhandel. Gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis und dem Landkreis Gießen wird das Hauptgeschäft, die Belieferung der Metropolregion Frankfurt mit Trinkwasser, betrieben.

Das meiste Wasser entnimmt der ZOV im Vogelsberg: Etwa 40 Millionen Kubikmeter pro Jahr. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Raubbau bei der Wasserförderung. Deshalb gründete sich die „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“, die seitdem die Pegelstände kontrolliert und für ein nachhaltiges Wassermanagement wirbt.

Der Wetteraukreis ist 2011 aus der Schutzgemeinschaft ausgetreten und hat versucht, Einfluss auf die Entnahmemenge zu nehmen. Als Ziel wird genannt, die Fördermengen auf 60 Millionen Liter auszuweiten, was die ökologisch vertretbare Entnahmemenge bei weitem überschreitet.

Dafür setzt sich **DIE LINKE** ein:

- Für ein Sofortprogramm gegen Grundwasserraubbau. Grundwasserstände müssen mit schärferen Grenzwerten gesichert werden.
- Der Wetteraukreis braucht ein Wasserkonzept. Es muss sicher gestellt sein, dass die Wasserressourcen schonend genutzt werden und die hohe Trinkwasserqualität erhalten bleibt.
- Für trockene Sommer braucht es ein worst-case-Konzept.
- Die Lieferung von Fernwasser in die Metropolregion Frankfurt muss auf das absolut Notwendigste beschränkt sein. Ein unabwendbarer Bedarf muss nachgewiesen werden.
- Die Stadt Frankfurt muss aufgefordert werden, eigene Wasserressourcen zu nutzen. Dazu gehört die Aufbereitung von Mainwasser, die Nutzung und nicht die weitere Stilllegung eigener Brunnen, der Ausbau und die Förderung von Brauchwasserkreisläufen und die Bewässerung öffentlicher Anlagen mit diesem Brauchwasser.
- Regenwasseranlagen und Rückhaltespeicher in Privathaushalten sind zu fördern. Die landwirtschaftliche Nutzung von Grundwasser ist zu beschränken.
- Flächenversiegelungen sollen vermieden werden.

- Beteiligung der Verbraucherkommunen an der Pflege des Grundwassers in den Erzeugerregionen.
- Die landwirtschaftliche Nutzung von Grundwasser ist zu beschränken.
- Regenwasseranlagen und Rückhaltespeicher in Privathaushalten sind zu fördern.

2. 4 Für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft

Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume soll regionale Wertschöpfung befördern, existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen, Klima und Ressourcen schützen und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung wirken.

DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Eine unsere Lebensgrundlagen zerstörende Landwirtschaft darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Lebensmittel müssen sozialer und umweltschonender produziert und faire Erzeugerpreise garantiert werden. Dazu müssen alle erbrachten ökologischen Leistungen, wie Grundwasserschutz, Schutz der biologischen Vielfalt und Klimaschutz von der Gemeinschaft honoriert werden.

Der Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat oder Neonicotinoiden hat einen großen Anteil an der ökologischen Katastrophe des Insektensterbens. Mit jeder Pflanzenart, die auf dem Acker verschwindet, entziehen wir weiteren Insektenarten die Nahrungsgrundlage und zerstören Ökosysteme.

Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus Landwirtschaft und Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller. Nur wenn weniger tierische Produkte hergestellt werden, können die Klimaziele erreicht werden. Rechnet man den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zu (z.B. Klimakosten, Grundwasserschäden, Bodendegradation, Hochwasserschutz u.a.), sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Die soziale Situation der Landwirte ist zu schützen, z.B. durch eine Verbesserung der Alterssicherung der Landwirtinnen und Landwirte und deren Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der großen

Agrarkonzerne geschützt werden. Wir erwarten, dass sich dafür die Kreispolitiker*innen der in Berlin regierenden Parteien stark machen.

- DIE LINKE will öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden und komplett transparent machen. Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische sondern auch an soziale Kriterien gebunden werden.
- Der Ökolandbau soll besser gefördert und ausgebaut werden. Der Wetteraukreis hat zaghaft damit begonnen, diese Entwicklung zu fördern. Wir unterstützen weitere Anstrengungen in diese Richtung.
- Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte sollte öffentlich gefördert werden. Das könnten sein: Schulessen aus regionalem Anbau; Gastronomie/Kantinen in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Senioren- und Gesundheitseinrichtungen bei der Verwertung regionaler Produkte unterstützen; Bauernmärkte subventionieren.
- DIE LINKE will keine Massentierhaltung in Tierfabriken. Es muss regelmäßig kontrolliert werden, dass die gesetzlichen Vorschriften in Mastbetrieben, beim Transport sowie bei der Schlachtung eingehalten werden. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft ist zwingend auf notwendige Behandlungen zu begrenzen.
- Die Produktion von Lebensmitteln muss Vorrang vor der Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung haben - aber auch vor der Gewinnung von Treibstoffen.

2. 5 Für Bodenschutz – gegen Flächenfraß

Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind unversiegelte Böden der drittgrößte Speicher für gefährliche Treibhausgase. Auch in Hessen muss der Flächenverbrauch reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und mehr unzerschnittene verkehrssarme Landschaftsräume geschaffen werden. Das gilt nicht nur für das UNESCO Biosphärenreservat Rhön und die Nationalparkflächen - das gilt auch hier bei uns. Die Böden sind grundlegend für das Klima. Es muss gewährleistet sein, dass die natürliche Bodenfruchtbarkeit überall erhalten bleibt.

DIE LINKE will die Neuversiegelung von Böden deutlich verringern. Flächen, die für den Wohnungsbau nötig werden, sind verdichtet zu bebauen statt mit flächenfressenden Einfamilienhäusern. Bei der Stadtentwicklung müssen Bebauung und ausreichend Freiflächen und Frischluftschneisen gleichermaßen eingeplant oder neu geschaffen werden. Zugebaute Flächen wärmen sich mehr auf. Frei- und Naherholungsflächen sind immer mit einzuplanen.

Ab 2030 sollten Neuversiegelungen durch eine mindestens gleich große Flächenentsiegelung an anderer Stelle (Rückbau nicht mehr benötigter Verkehrsflächen, Gewerbe- und Siedlungsflächen etc.) ausgeglichen werden. Überlaufflächen entlang der Flüsse sollen nicht bebaut werden.

Bodenschutz kontra Flächenverbrauch - dies ist eine Herausforderung für Kommunen. Dennoch müssen wir den Flächenverbrauch dringend begrenzen, indem flächensparende Bauweisen bevorzugt, Baulücken zuerst bebaut und Gebäude besser ausgenutzt werden. Auch Entsiegelung und Rückbau gehören in den Fokus kommunalen Handelns.

Die künftige Siedlungsentwicklung lässt sich mit Raumplanung und Lenkungsinstrumenten regulieren. Mittels Bodenbewertungsverfahren und Flächenmanagement können gerade die Kommunen direkt zu Bodenschutz und Flächeneffizienz beitragen. Es ist darauf zu achten, dass Gewerbeflächen nicht auf wertvollen Ackerböden genehmigt werden und Mehrfamilienhäusern der Vorzug vor Einfamilienhäusern gegeben wird.

Belastungen durch Großbauprojekte minimieren

DIE LINKE steht Großbauprojekten äußerst kritisch gegenüber, die zu Lasten von Ackerland und dem natürlichem Lebensraum realisiert werden.

Im Wetteraukreis entstehen aktuell mehrere solcher Großbauprojekte. Unter anderem ein Logistikzentrum eines Lebensmittelkonzerns in Wölfersheim. Die Gemeinde steht dem Projekt positiv gegenüber und wirbt mit neuen Arbeitsplätzen und einem allgemeinen Mehrwert für die Bevölkerung. Es sollen dort unter anderem auch neue Ausbildungsplätze entstehen und die Gemeinde erhofft sich Einnahmen durch Grund- und Gewerbesteuern.

Doch andererseits werden mit diesem Logistikzentrum 30 Hektar Ackerland zerstört. Bestes Ackerland, das hervorragende Bedingungen bietet, um regional Nahrungsmittel zu produzieren.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Großbauvorhaben müssen nach Umwelteinflüssen und

klimatechnischen Belastungen bewertet werden und nicht ausschließlich nach wirtschaftlichem Nutzen.

- Wir fordern eine direkte Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung bei solchen Bauvorhaben und eine aktive Einbindung in den Entstehungs- und Planungsprozess. Dazu eignen sich regelmäßige Bürgergespräche, Informationsveranstaltungen, Bürgerentscheide. Eine offene ausgewogene Informationspolitik mit der Chance zur direkten Mitgestaltung ist wichtig.
- Die Einflüsse auf Verkehr, Infrastruktur und eine eventuelle Lärmbelastung während und nach der Fertigstellung eines Großbauprojektes müssen transparent gemacht werden.
- Unternehmen und Betriebe müssen auch nach dem Verlassen solcher Standorte zur Verantwortung gezogen werden können. Sie haben die Verpflichtung, die bebauten Flächen wieder in einen nutzbaren Zustand zurückzusetzen. Leerstand muss verhindert werden.

2.6 Biodiversität erhalten

Die Artenvielfalt geht auch in der Wetterau immer weiter zurück. Erst sterben die Insekten, dann die Vögel.

In Hessen werden die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie deutlich verfehlt. Um diesen Prozess umzukehren, muss die immer weitere Zerstörung von Lebensräumen gestoppt werden. Dazu brauchen wir einen sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Verkehrsinfrastruktur sowie der industriellen Produktion (*Siehe Kapitel 2.1; 2.2; 2.4*)

DIE LINKE will die bestehenden Naturschutzgebiete erhalten und ihre Schutzfunktion stärken, bestehende Lebensräume in Biotopverbänden zusammenfügen, um Wanderungen von Arten und damit auch eine Reaktion auf den Klimawandel zu ermöglichen und den Umwelt- und Naturschutz als Landesaufgabe mit mehr Personal ausstatten.

Wir begrüßen ausdrücklich die Schutzmaßnahmen in der Wetterau, wie den Auenverbund. Er ist ein gutes Beispiel für wirksamen Naturschutz.

Das will DIE LINKE.:

- Eine nachhaltige Waldwirtschaft. Raus aus der Hessenforst, die rein wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund gerückt hat. Mut zu Urwaldprojekten!

- Finanzielle Unterstützung der Umweltverbände für ihre Arbeit. Lokale Initiativen sind wichtig, um die Verantwortung der Menschen für ihre Umwelt zu befördern.
- Grünflächen in urbanen Gebieten erhalten oder bei der Planung mit berücksichtigen. Das sollte der Wetteraukreis baurechtlich vorschreiben. Die Fällung von Bäumen muss genehmigungspflichtig sein.
- Verbot von Glyphosat und Neonicotinoiden in der Wetterau.
- Wir setzen uns für weitere Biotopverbände und Schutzmaßnahmen ein.

2.7 Lärmschutz

Im Süden der Wetterau nimmt der Fluglärm zu. Der Ausbau des Flughafens und eine maximale Kapazitätssteigerung sind die Ursache. Um die Belastung für flughafennahe Gebiete zu verringern, verteilt ein Netz von Einflugschleifen den Lärm weiträumig in der gesamten Region.

Auch der Verkehr belastet die Anwohner. Dies gilt besonders für die Bundesstraßen, die durch Ortschaften führen.

Wegen des Bahnlärms fanden sich Bürgerinitiativen zusammen, um Lärmschutzmaßnahmen zu erreichen.

Bisher gibt es keine politischen Konzepte im Wetteraukreis, die der Lärmbelastung etwas entgegensetzen. Das muss sich ändern.

***DIE LINKE.* fordert:**

- Der Wetteraukreis muss ein Lärmschutzkonzept erstellen. Mit den betroffenen Menschen müssen gemeinsam Lärmschutzmaßnahmen entwickelt werden.

3. Zukunftsfähigkeit für die Wetterau

3.1 Finanzen und Wirtschaft

Kommunale Selbstverwaltung sicherstellen

Landkreise und Kommunen sind unsere direkte Lebenswelt. Hier müssen alle Menschen einen Platz haben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Durch die Kommunen werden ganz wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge erbracht. Kindertagesstätten und Schulbauten, soziale Sicherung, der öffentliche Personennahverkehr, Wasserversorgung, Kultur und Sport - das alles und noch viel mehr gehört in den Aufgabenbereich der Kreise und Kommunen.

Damit die im Grundgesetz festgeschriebene Kommunale Selbstverwaltung realisiert werden kann, müssen Landkreise und Kommunen über stabile Finanzen verfügen. Nur so können sie ihre vielfältigen Aufgaben auch erfüllen. Doch die Landkreise und Kommunen sind schon Jahrzehnte unterfinanziert. Und die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie werden die Finanzlage noch verschlechtern. Im Wetteraukreis stehen deshalb alle Ausgaben unter Finanzierungsvorbehalt.

Wie können die Einnahmen verbessert werden?

DIE LINKE fordert, dass Kreise und Kommunen wieder das Recht auf wirtschaftliche Tätigkeit erhalten, was Ihnen derzeit gesetzlich verboten ist.

Das Konnexitätsprinzip ist konsequent umzusetzen. Das heißt: wer Sozialstaatsaufgaben verlangt oder den Kommunen Aufgaben zuweist, der hat auch für den vollumfänglichen finanziellen Ausgleich zu sorgen („Wer bestellt, der bezahlt“).

Bund und Land haben für eine angemessene Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen zu sorgen. Durch die bisher betriebene Steuersenkungspolitik wurden hohe Einkommen, große Vermögen und Konzerne zunehmend entlastet. Hinzu kommen Milliarden-Hilfspakete: 2008/2009 zur Rettung der Banken und heute zur Abmilderung der Corona-Krise.

Der Anteil der Kommunen am Steuereinkommen stagniert seit Jahren bzw. ist zurückgegangen. Gleichzeitig stiegen die Kosten stetig an.

Steigende Armut, die Auswirkungen von Hartz IV, Kosten der Kinderbetreuung, der Jugendhilfe, die Unterbringung und Integration Geflüchteter – alle diese Sozialleistungen sind von den Kreisen und Kommunen aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht beeinflussbar und müssen aufgebracht werden, ohne dass

dafür ausreichende Finanzmittel von Bund und Land zur Verfügung gestellt werden.

In vielen Kommunen herrscht durch die permanente Unterfinanzierung ein erheblicher Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur. Das Geld fehlt etwa beim kommunalen sozialen Wohnungsbau, zur Modernisierung der Kanalisation, der Sanierung von Straßen, für kommunale Einrichtungen wie beispielsweise Bürgerhäuser, Jugendtreffs, Schwimmbäder, Bibliotheken, Museen usw.

Die Konsolidierung des Landeshaushaltes und somit die Konsolidierung der Haushalte der Landkreise und Kommunen kann nicht durch weiteres Sparen gelingen. Bürger*innen zahlen schon genug Steuern und kommunale Abgaben. Deshalb ist ein weiteres Drehen an der Schraube der Kommunalsteuern und -abgaben nicht hinnehmbar. Eine ausreichende Finanzierung der Kommunen kann nur durch die Erhöhung der Steuereinnahmen auf große Vermögen, hohe Einkommen und Konzern- und Spekulationsgewinne gelingen.

DIE LINKE fordert deshalb eine sozial gerechte Steuerpolitik ein: Starke Schultern sollen stärkere Lasten tragen.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Eine gerechtere Steuerpolitik. Politiker*innen des Wetteraukreises müssen sich bei ihren Parteien für eine Besteuerung der großen Vermögen einsetzen.
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Eine moderate Vermögenssteuer von 1% auf Vermögen von über 500 000 € würde Hessen jährliche Steuermehreinnahmen von 1,5 Milliarden € bringen. Dies würde bedeuten, dass das Land Hessen einen mehr als ausgeglichenen Haushalt hätte und seine Kreise und Kommunen gut ausstatten könnte.
- Die Gewerbesteuer soll in eine *Gemeindewirtschaftssteuer* umgewandelt werden, in der auch Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbständig ausgeübten Tätigkeiten besteht. Diese Steuer ist *an die Kommune* zu entrichten, in der der steuerpflichtige Ertrag erwirtschaftet wurde, unabhängig davon, ob es sich um einen Hauptsitz oder eine Filiale handelt.

- Streichung der sogenannten „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), die die Kommunen daran hindert, sich wirtschaftlich zu betätigen.
- Langfristige Betrachtungen finanzieller Folgen aller Entscheidungen; Sicherung der Nachhaltigkeit.
Keine Verkäufe kommunalen Eigentums zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern. Keine so genannten Sale-and-lease-back-Projekte (Verkauf und Rückanmietung öffentlichen Eigentums). Keine „Public-Private-Partnership“-Projekte (PPP-Projekte), die eine Einschränkung der kommunalen Verfügungsgewalt bedeuten und langfristig oft teurer als öffentliche Lösungen sind. Verzicht auf teure Prestige-Projekte. Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums.
- Eine Neuschreibung des Kommunalen Finanzausgleichs, hin zu auskömmlicher realistischer Finanzausstattung von Landkreisen und Kommunen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.
- Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur (Sozialwohnungen, Sportstätten, Bibliotheken, Schwimmbäder, Straßen, Bürgerhäuser, Jugendzentren, Theater, usw.)
- Konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips: Wer den Kreisen und Kommunen Leistungen per Gesetz zuweist, muss für die entstehenden Kosten vollumfänglich aufkommen (Wer bestellt, der bezahlt!) .

Grundsatz: Beteiligung der Bürger*innen am Haushalt

Die Gestaltung des Haushalts ist die Frage kommunaler Politik, die die größten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung hat. Dabei geht es neben Entscheidungen, die nur für das jeweilige Jahr wirksam sind, auch um Entscheidungen (z.B. Verkehrs-, Umwelt- und Immobilienprojekte, Privatisierungsentscheidungen), die in ihrer Wirksamkeit weit über die aktuelle Wahlperiode, teilweise sogar über eine ganze Generation hinausgehen.

In allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -führung und -kontrolle soll die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen und der Prioritätensetzung gesichert sein. Haushaltspolitische Entscheidungen müssen für die Bürger*innen transparent sein.

3. 2 Daseinsvorsorge verteidigen und ausbauen Privatisierungen verhindern

Der allgemeine Zugang zu Diensten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu zählen die öffentliche Versorgung mit Energie und Wasser, die Entsorgung von Abfall und Abwasser, der Öffentliche Personennahverkehr, Straßenbau und Straßenreinigung, Bauleitplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe und Arbeitsförderung, Kindertagesstätten, Schulträgerschaft, Gesundheitswesen, Krankenhäuser und Rettungsdienst, Katastrophenschutz, die Kulturpflege, Schwimmbäder, Bibliotheken und Museen. Diese Leistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben bzw. wieder dorthin zurückgeführt werden, soweit sie bereits privatisiert sind.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Öffentlich vor Privat!
- Im Mittelpunkt der Leistungen der Daseinsvorsorge müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen.
- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – Privatisierung lehnen wir ab.
- Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe.
- Eine kommunale Daseinsvorsorge muss sich an dem Leitbild einer sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung orientieren.
- Die Bürger*innen vor Ort müssen einen stärkeren Einfluss auf Art und Umfang der öffentlichen Dienstleistungen und auf die Art ihrer Bereitstellung haben.

3. 3 Sparkassen für die Bürger*innen

Sparkassen sind besondere Kreditinstitute. Im Idealfall zocken sie nicht an den internationalen Finanzmärkten, sondern betreiben ein simples Geschäft: Sie sammeln Geld in der Region ein und verleihen es wieder in der Region. Gewinne fließen den Kommunen und damit dem Gemeinwohl zu. Bürgernähe ist ihr gesellschaftlicher Auftrag.

Wir setzen uns für den Erhalt der Sparkassen in kommunaler Trägerschaft ein, weil die Sparkassen gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken (z.B. Volks- und Raiffeisenbanken) eine wichtige Funktion im regionalen Kreditgeschäft haben, insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen. Eine Übernahme und weitere Fusionen auch innerhalb des öffentlichen Bankensektors lehnen wir ab.

Die Überschüsse der Sparkasse Oberhessen müssen an die Trägerkreise (Wetterau, Vogelsberg) in der Höhe ausgeschüttet werden, die das Sparkassengesetz zulässt.

Die Sparkasse Oberhessen ist in den letzten Jahren mehrfach unter Kritik geraten, weil sie mit fragwürdigen Zinsberechnungen zum Bankrott mittelständischer regionaler Unternehmen beigetragen hat. Wir verlangen eine konsequente Geschäftspolitik für die regionale Wirtschaft und im Interesse der Bürger*innen.

Personalabbau und den Rückzug aus der Fläche lehnen wir ab. Damit hätten - besonders im Ostkreis - Ältere und nicht motorisierte Bürger*innen keinen Finanzdienstleister mehr in ihrer Umgebung. Vor allem ältere oder nicht mobile Personen brauchen direkte Ansprechpartner.

Inzwischen setzt die Sparkasse Oberhessen zunehmend auf Onlinebanking. Doch der Zugang zum Internet ist nicht für alle Personengruppen selbstverständlich. Das betrifft zum Beispiel auch Menschen ohne ausreichendes Einkommen, die sich ein entsprechendes Equipment und einen Internetzugang nicht leisten können.

Viele Menschen mit geringem Einkommen oder Grundsicherung haben ihr Konto bei der Sparkasse. Die Gebühren für diese Personengruppen sind unverhältnismäßig hoch. Bei der Gebührengestaltung scheinen soziale Überlegungen überhaupt nicht vorzukommen.

Dafür setzt sich *DIE LINKE.* ein:

- Demokratische Kontrolle der Sparkassen. Transparente Berichterstattung an den Kreistag.
- Ausschüttung der Überschüsse an die Trägerkreise.
- Kreditvergabe vor allem an Projekte, die sozial verträglich, ökologisch sinnvoll und der Nachhaltigkeit verpflichtet sind.
- Sofortige Beendigung von falschen Zinsberechnungen! Unverzögliche Weitergabe und korrekte Berechnung der Vorgaben des Leitzinses.

Kulante Beilegung der „Altfälle“, bei denen falsche Zinsberechnungen vorgenommen wurden.

- Keine Teilnahme an Zockergeschäften, globalen Spekulationen, Derivatehandel usw.
- Sicherung einer Grundversorgung mit Bankdienstleistungen, keine Schließung weiterer Bankfilialen. Kein finanzieller Druck zur Umstellung auf Onlinebanking.
- Einrichtung von „Sozialkonten“ mit geringen Gebühren für Grundsicherungsempfänger*innen und Niedriglöhner*innen.
- Bereitstellung von Basiskonten an alle Antragstellenden im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben; falls gewünscht auch in Form von Pfändungsschutzkonten. Keine Gebühren für Basiskonten!

3.4 Gewerbeansiedlung im Interesse Aller realisieren

Die Gewerbeansiedlung in den Kommunen des Wetteraukreises kann nicht isoliert für jede einzelne Kommune betrachtet werden. Die Kämmerer der Städte und Gemeinden verfahren bisher nach dem Konkurrenzprinzip, um Gewerbe anzulocken. Mit immer neuen Dumpingpreisen für Gewerbebegebietsflächen leisten sie damit häufigen Umzügen von Unternehmen in die billigeren Kommunen Vorschub.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Kein Wettbewerb der Städte und Gemeinden untereinander um Gewerbeansiedlungen.
- Keine Absenkung von Steuern, Gebühren und Abgaben zum Anlocken von Unternehmen.
- Die Kämmerer der Städte und Gemeinden werden aufgefordert gemeinsam eine Ansiedlungspolitik im gegenseitigen Miteinander für den gesamten Wetteraukreis zu verwirklichen. Der Kreis wirkt hierbei als Moderator. Die Verteilung der Gewerbesteuern muss solidarisch organisiert werden!

3.5 Fair einkaufen und gezielt fördern

Verantwortung als Auftraggeber wahrnehmen

Der Wetteraukreis tritt auch als umsatzstarker Einkäufer auf. Wir wollen, dass der Kreis bei Ausschreibungen und Einkäufen für Nachhaltigkeit, Klimafreundlichkeit und soziale Gerechtigkeit eintritt. Nach einer Reform der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es ausdrücklich erlaubt, soziale und ökologische Kriterien in die Vergabekriterien aufzunehmen. Hessen hat 2014 ein Vergabegesetz verabschiedet. Leider enthält es weder eine Festlegung für einen Mindestlohn, noch wird der Einsatz von Subunternehmen ausgeschlossen. Damit ist es ein Beispiel, wie ein Vergabegesetz nicht aussehen sollte. Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, müssen Tariflöhne zahlen und müssen den Kernforderungen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) genügen.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Bei der Vergabe kommunaler Aufträge und beim Einkauf des Wetteraukreises sind soziale und ökologische Kriterien besonders zu berücksichtigen. Hierzu sind verbindliche Mindeststandards in jeder öffentlichen Ausschreibung festzuhalten. Bei allen Ausschreibungen muss der Anbieter überprüfbar nachweisen, dass bei Erbringung der Leistung ein Stundenlohn von mindestens 12,50 € gezahlt wird.
- Beim Einkauf von Produkten ist sicherzustellen, dass bei der Produktion die Kernarbeitsnormen der ILO eingehalten wurden. Im Zweifel sind Produkte vorzuziehen, die über entsprechende Zertifikate verfügen. Nur so kann verhindert werden, dass mit dem Geld der Wetterauer Bürger Sklaverei und Kinderarbeit gefördert wird.
- Die Beauftragung von Subunternehmen bei kommunalen Aufträgen ist auszuschließen.
- Nach der Auftrags erledigung müssen die Rechnungen durch die kommunalen Auftraggeber unverzüglich bezahlt werden.
- Angriffe der EU, die die kommunale Selbstverwaltung schwächen oder aushebeln, lehnen wir ab.

3. 6 Flächendeckender Zugang zu schnellem Internet

Noch immer gibt es in der Wetterau Orte in denen kein Breitband-Internetanschluss verfügbar ist. Diesen Zustand halten wir für nicht hinnehmbar. Ein entsprechender Internetanschluss stellt in unserer Gesellschaft kein Luxusgut dar, sondern ist ein notwendiger Teil der Infrastruktur. Er ist vergleichbar mit dem Zugang zu Strom, Post, Rundfunk und Telefon. Ein Breitbandanschluss ist inzwischen für die Menschen elementar, für den Beruf, das Lernen, um mit Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten versorgt zu sein. Ohne ihn ist die Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben massiv eingeschränkt. Firmen siedeln sich nicht an und damit bleibt eine wirtschaftliche Entwicklung von Kommunen blockiert.

Während der Corona-Epidemie zeigte sich, wie wichtig schnelles (oder überhaupt) Internet ist: Für Homeoffice aber auch für den Fern-Unterricht für die Kinder.

Die Privatwirtschaft konzentriert sich beim Breitbandausbau auf die Bereiche, die ihr den größten Profit versprechen. Der Wetteraukreis hatte sich in den vergangenen Jahren um den Ausbau bemüht, doch zahlreiche Kommunen haben mittlerweile eigene Anbieter gesucht.

Problematisch ist, dass kommunale Gesellschaften nur dort tätig werden dürfen, wo sich kein privater Marktteilnehmer findet, der den Ausbau mit mindestens 50mBit/s durchführen will. Grund hierfür ist der Paragraph 121 HKO , die es den Kommunen verbietet, wirtschaftlich tätig zu werden, wenn ein privater Anbieter vorhanden ist. Es gibt keine Grundversorgungspflicht mit Breitband-Anschlüssen.

Unbefriedigend ist auch die digitale Ausstattung der Schulen. Das Land Hessen hat noch immer kein Konzept, welche Schulen mit welcher Technik ausgestattet werden sollten. Die finanziellen Mittel reichen für eine flächendeckende Versorgung nicht aus. Der Wetteraukreis als Schulträger hat ebenfalls kein Konzept.

Entwicklungspädagogische Aspekte werden nicht bedacht und auch soziale Fragen bleiben unbeantwortet. Hier nur zwei Beispiele:

- Während der Corona-Zeit hatten viele Kinder aus einkommensschwachen Elternhäuser keine IT-Ausstattung, die einen Hausunterricht ermöglicht hätte. Die Schulen besitzen keine Ausleihgeräte. Das ist auch nicht vorgesehen. Doch wer Unterricht mit digitaler Technik haben möchte, muss dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler teilhaben können!

- Es ist ungeklärt, ab welchem Alter Schüler*innen digitale Geräte benutzen sollen. Oft werden Grundschulen ausgestattet, höhere Jahrgänge aber noch nicht. Entwicklungspsychologisch wäre es aber sinnvoll, dass Grundschüler haptische Erfahrungen machen, sich viel bewegen und mit allen Sinnen Erfahrungen sammeln können. Somit wäre der Einsatz digitaler Geräte erst in höheren Jahrgängen sinnvoll. Hier müssten konzeptionelle Festlegungen getroffen werden!

Das will DIE LINKE.:

- Der Kreistag setzt sich dafür ein, dass in Deutschland eine Grundversorgungspflicht für Breitbandanschlüsse eingeführt wird.
- Die Streichung der sogenannten „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), die die Kommunen daran hindert, sich ohne Einschränkungen wirtschaftlich zu betätigen. Dies besonders bei der Grundversorgung und Daseinsvorsorge der Bevölkerung.
- Die Sicherstellung des Internetzuganges für alle Kommunen des Wetteraukreises mit Bandbreiten von mindestens 50mBit/s .
- Ein Konzept zur Ausstattung der Schulen: Nicht nur eine technische Planung, sondern auch eine pädagogisch sinnvolle Planung.
- Berufsschulen und Oberstufen sollen mit IT ausgestattet sein. In der Grundschule ist reale Erfahrung vorrangig.

4. Für eine demokratische Wetterau

Mitgestalten statt verwaltet werden!

4.1 Transparente Parlamentsarbeit

Parlamentarische und außerparlamentarische politische Arbeit sind für DIE LINKE untrennbar. In politischen Kämpfen und bei Wahlen vertreten wir unsere demokratischen Reformprojekte und wollen politische Mehrheiten für ihre Durchsetzung gewinnen. Wir arbeiten für neue gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Unser Ziel ist es, die kapitalistische Profitlogik zu überwinden und Politik für die Mehrheit der Menschen möglich zu machen. Die parlamentarische Arbeit gestalten wir so, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen dient. Wir bemühen uns um Transparenz politischer Prozesse und wollen Missbrauch politischer Macht aufdecken und verhindern.

4.2 Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalvertretungen erhalten und ausbauen

Die Freiheit der Bürger*innen, über ihr eigenes Leben selbst zu bestimmen, hängt in hohem Maße von den Kommunen ab. Dort werden wichtige Fragen des Alltags wie auch der Zukunft der Gesellschaft entschieden. DIE LINKE engagiert sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für starkes kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Damit Demokratie keine leere Hülle ist, brauchen Kommunen und Staat hinreichende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Prozesse.

Auch deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigentums.

Wir wollen keine Selbstentmachtung von Kommunalvertretungen. Beispiele: Ein Parlament beschließt die Auslagerung eines kommunalen Betriebs in eine Beteiligungsgesellschaft (gGmbH, GmbH, AG). Oder auch die Vorratsbeschlüsse des Wetterauer Kreistags zum Gesundheitszentrum Wetterau, mit denen den Befürwortern einer Privatisierung freie Hand

gelassen und die demokratische Kontrolle des Parlaments schon im Vorfeld preisgegeben wird.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – jede weitere Privatisierung lehnen wir ab.
- Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe.
- Gestaltung der Gesellschaftsverträge der Kapitalgesellschaften in der Art, dass ein größtmöglicher Einfluss der kommunalen Anteilseigner gewährleistet wird.
- Wahl nur solcher kommunaler Vertreter in die Aufsichts- und Kontrollgremien, die sich juristisch verbindlich zur Umsetzung von Beschlüssen der Kommunalvertretungen verpflichten.
- Aufsichtsräte und Betriebskommissionen müssen vergrößert werden, damit sie die demokratisch gewählte Zusammensetzung der Kommunalvertretung widerspiegeln.
- Ablehnung von Freihandelsabkommen, weil dann die lukrativen Teile der Öffentlichen Daseinsfürsorge nicht vor der Privatisierung geschützt werden können.

4.3 Demokratische Transparenz durch Bürgerbeteiligung

DIE LINKE will die demokratischen Rechte der Bürger*innen erweitern.

Wir stellen uns solidarische Bürgerkommunen vor, in denen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst entscheiden und gestalten und die soziale und ökologische Umgestaltung ihrer Gemeinschaften eigenständig in die Hand nehmen können.

Die zivilgesellschaftliche Selbstverwaltung ist ein wichtiges Feld für demokratische Mitbestimmung. Sie festigt den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden. Vereine, Verbände und Initiativen ermöglichen vielen Bürger*innen, Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben in vielfältigen Bereichen zu übernehmen.

DIE LINKE will die Zivilgesellschaft fördern. Dafür bedarf es neuer Entscheidungsmodelle, größerer Transparenz, Befragung und Einbeziehung

der Bürger*innen in politische Entscheidungsprozesse und öffentlicher Kontrolle, um die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards zu sichern. Wer politisch verantwortungsvolle Bürger*innen will, muss ihnen entschieden mehr Möglichkeiten zur Einflussnahme durch direkte Demokratie geben. Damit eine breite Beteiligungskultur entstehen kann, müssen Diskussions- und Entscheidungsprozesse öffentlich nachvollziehbar und für alle zugänglich werden. Die Hürden für eine direkte Beteiligung sind zu senken.

Das fordert *DIE LINKE*:

- Wir sehen Politik, Verwaltung und Bürger*innen als gleichberechtigte Partner an.
- Es muss generelle Praxis werden, dass mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld rechtzeitig mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden.
- Oberstes Ziel soll es sein, die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Vorbereitung und Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten zu befördern. Dafür müssen ausreichende Voraussetzungen geschaffen werden. Vor den Entscheidungen in den Ausschüssen und im Plenum der Kommunalvertretungen muss Vertreter*innen von Verbänden, Vereinen, Initiativen und Organisationen aber auch von der Entscheidung Betroffenen ein Rederecht eingeräumt werden.
- Verträge der Öffentlichen Hand, deren Inhalt ganz oder teilweise geheim gehalten wird, darf im Parlament nicht zugestimmt werden. Diese sollten rechtlich keine Gültigkeit haben.
- Die gängige Praxis der Kommunalvertretungen, Grundstücksangelegenheiten in nichtöffentlichen Sitzungen zu behandeln, ist zu beenden!
- Öffentliche Einrichtungen müssen zugänglich sein, Planungen und Vorhaben in verständlicher Sprache erklärt werden, Bürger*innen müssen Fragen stellen können. Elektronische Informations- und Kommunikationstechnik sollte zur Bürgerbeteiligung genutzt werden und ist dementsprechend auszubauen. Dabei sind die Grundlagen des Datenschutzes unbedingt zu befolgen.
- Gefordert ist eine neue Transparenz der öffentlichen Informationspolitik, bei der es nicht mehr im Ermessen von Politik und Verwaltung liegen kann, welche Informationen in welcher Form an die Bevölkerung gegeben werden. Einziger Maßstab für das

Informationsangebot und die Gestaltung der Informationen soll sein, dass der Bevölkerung die Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht wird.

- Die Gebühren für Akteneinsichten sind so niedrigschwellig zu gestalten, dass sie auch für finanzschwache Bürger*innen und Gruppen keine Hürden darstellen. Einfache Akteneinsichten sind kostenlos anzubieten. Transparenz in den Entscheidungen ist eine Bringschuld einer demokratischen Verwaltung.

4.4 Gleichberechtigung durchsetzen

Trotz verfassungsrechtlich garantierter Gleichberechtigung sind die ungleichen Chancen zwischen verschiedenen Geschlechtern nicht aufgehoben. Politische und wirtschaftliche Macht sind patriarchalisch geprägt. Es gibt keine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben. Die meisten Leitungspositionen sind immer noch von Männern belegt.

Geschlechtergerechtigkeit muss für Frauen durchgesetzt werden aber auch für Menschen anderer geschlechtlicher Identität (*siehe Kapitel 4.5*).

Die Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt in Deutschland 20 Prozent. Der Frauenanteil bei Niedriglohnbeschäftigten liegt über 60 Prozent. Entsprechend niedrig fallen die Frauenrenten aus. Ein Großteil der Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, sind Frauen. Ein großer Teil der Alleinerziehenden Frauen sind arm.

Noch immer wird Frauenpolitik überwiegend im Rahmen der Familienpolitik betrachtet und behandelt. Einen eigenen Lebensentwurf umsetzen zu können – frei von Rollenklischees – ist keine Selbstverständlichkeit. Dass Familienarbeit, Erziehungsaufgaben und Pflege gleichberechtigt aufgeteilt werden, sehen wir als wichtige Voraussetzung für eine freie und demokratische Gesellschaft.

Sexuelle, körperliche und psychische Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weit verbreitet. Vielfach findet Gewalt im häuslichen Umfeld statt. Es muss eine öffentliche Aufgabe sein, den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten. Zurzeit sind überall Frauenhäuser unterfinanziert und überbelegt. Auch hier in der Wetterau müssen die Einrichtungen für Frauen in Notsituationen erweitert und personell aufgestockt werden.

Frauenförderung ist eine Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen muss. Dass patriarchale Strukturen offen gelegt und beseitigt werden, ist ein Kernpunkt linker Politik.

Das will *DIE LINKE*:

Wir sehen die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe, die es in allen Politikbereichen zu beachten gilt.

Dazu gehören:

- Ganztageseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen zu sozial verträglichen Gebühren.
- Existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Frauen in allen Bereichen, die dem Wetteraukreis obliegen.
- Befristete Arbeitsverhältnisse in unbefristete umwandeln.
- Zahlung eines Mindestlohns ab 12,50 Euro.
- Reinigungskräfte und Hausmeisterinnen in Schulen in vollem Umfang durch den Eigenbetrieb des Wetteraukreises anstellen.
- Arbeits- und beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Förderung von Frauen. Alle Angebote der beruflichen Weiterbildung muss es auch als Teilzeitangebote geben und verkehrsgünstig erreichbar.
- Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Frauen ausweiten und finanziell ausreichend ausstatten.
- Förderung und finanzielle Absicherung der Organisationen vor Ort (z.B. Frauenhaus, Frauennotruf, Wildwasser...) die gegen häusliche Gewalt und Mobbing arbeiten und den von Gewalt betroffenen Menschen Beratung, Hilfen und Schutzräume bieten. Unterstützung des Fachpersonals bei der Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Gewaltstrukturen.
- 500.000 Euro sofort zur Erweiterung des Frauenhauses Wetterau und die Aufstockung des Personals. Aufstockung der jährlichen Zuwendungen auf 150.000 Euro. Ausweitung der Unterstützung für den Frauennotruf.
- Angebote für Migrantinnen - nicht nur im Bereich der Sprache, sondern auch bezüglich ihrer Rechte.
- Frauengesundheitsprojekte fördern und initiieren (z.B. Mammographiescreening, medizinische Forschungsprojekte – evtl. auch an der FH Friedberg);

Einrichtung eines Frauengesundheitszentrums; kostenlose Vergabe von Verhütungsmitteln an finanziell schlecht gestellte Frauen; Erstellung eines regelmäßigen Frauengesundheitsberichts.

- Antidiskriminierungsgesetz konsequent anwenden – Quotierung in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Sensibilisierung und Förderung von Kompetenz in Sachen Geschlechtergerechtigkeit für alle Beteiligten in Entscheidungsprozessen.
- Einrichtung besonderer Fördermaßnahmen für Frauen zur Übernahme von Führungsaufgaben in den kommunalen Verwaltungen.

4.5 Für die Akzeptanz aller Lebensweisen!

DIE LINKE setzt sich für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen ein. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist für uns selbstverständlich. Wir fordern, die gesetzliche Realität dieser gesellschaftlichen Realität anzupassen. Wir wenden uns gegen jegliche Diskriminierung, sei es privat, in der Bildung oder am Arbeitsplatz.

Wir stellen uns entschieden gegen die Gewalt, die viele queere Menschen innerhalb ihrer Familie, ihres sozialen Umfeldes oder auf der Straße erfahren. Wir sind solidarisch mit Menschen aller sexuellen Orientierungen und Geschlechter, die dafür kämpfen, dass staatliche und gesellschaftliche Normativität aufgebrochen wird. Alle haben das Recht auf ein selbstbestimmtes, gewaltfreies und diskriminierungsfreies Leben!

Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir die Einrichtung lokaler Beratungsstellen durch den Wetteraukreis. Sie sollen Anlaufstellen für queere Menschen und ihr soziales Umfeld sein. Fachlich kompetente Beratung, Möglichkeiten zur Aufarbeitung von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen und Unterstützung für die Alltagsbewältigung wären wichtige Arbeitsfelder. Ebenso die Öffentlichkeitsarbeit.

Verpflichtende, fachgerechte Schulungen für Mitarbeiter*innen sämtlicher Einrichtungen und Behörden des Wetteraukreises sind notwendig, um sie zu sensibilisieren und einen respektvollen Umgang zu gewährleisten. Dies gilt besonders auch für Beschäftigte an Schulen. Der Wetteraukreis sollte

mit dem Staatlichen Schulamt diesbezüglich zusammenarbeiten und Konzepte für die Unterstützung queerer Schüler*innen entwickeln.

Die in der Gesellschaft vorherrschende, auf Klischees reduzierte und oft diskriminierende Wahrnehmung von queeren Menschen möchten wir überwinden. Hierfür ist Bildung ein essenzieller Punkt. Ohne Wissen kann keine gesellschaftliche Veränderung herbeigeführt werden.

Es bedarf sowohl einer politischen Thematisierung von Diskriminierung und Gewalt als auch einer erhöhten medialen und gesellschaftlichen Repräsentanz von queeren Menschen.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Kommunale Beratungs- und Anlaufstellen für queere Menschen und ihr soziales Umfeld.
- Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung, Ämter und Bildungseinrichtungen für einen fachlich korrekten und diskriminierungsfreien Umgang mit queeren Menschen.
- In allen öffentlichen Einrichtungen des Kreises, und somit auch in allen Schulen, sollen (zusätzlich) geschlechtsneutrale Toiletten zur Verfügung gestellt werden.

4. 6 Jugend muss mitbestimmen.

Demokratie lebt vom Mitmachen

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist in der HGO (Hessische Gemeindeordnung) und der HKO (Hessische Landkreisordnung) in den §§ 4c, 8a und 8c festgeschrieben. Mit der Umsetzung dieses Zieles hapert es allerdings vielerorts noch. Im Wetteraukreis gibt es keine formale Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Dabei ist es wichtig, dass gerade Kinder und Jugendliche unsere Gesellschaft möglichst früh als einen Ort demokratischer Mitbestimmung erleben. Die Einrichtung umfassender Mitbestimmungsmöglichkeiten bildet daher einen Schwerpunkt unserer Kommunalpolitik.

Im Bereich der Jugendarbeit gibt es in der Wetterau noch sehr viel zu tun. Viele Gemeinden außerhalb der Mittelzentren haben keinerlei Angebote für ungebundene Jugendliche. Rechtsextreme Gruppen nutzen dies aus und

versuchen mit Freizeitangeboten Jugendliche für sich zu gewinnen. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Für Folgendes setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Aktives und passives Wahlrecht ab 16 Jahren.
- Für Kinder bis 12 Jahre streben wir die Einrichtung bzw. Ausweitung projektbezogener Mitbestimmung z.B. bei der Gestaltung von Spielplätzen an. Hier sind vor allem die Gemeinden gefordert, tragfähige pädagogische Konzepte vorzulegen und umzusetzen. Die Unterstützung von erfahrenen, landesweiten Teilnetzwerken sollte dabei in Anspruch genommen werden.
- Für Jugendliche und junge Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren sollte ein Kreis-Jugendparlament mit Jugendlandrat eingerichtet werden.
Der Jugendlandrat ist direkt vom Jugendparlament zu wählen.
Das Parlament muss über eigene Mittel verfügen sowie mit Antrags-, Rede- und Anfragerecht für alle jugendrelevanten Fragen im Kreistag ausgestattet sein.
- Bereits bestehende Jugendbeiräte in den Städten und Gemeinden reichen nicht aus. Bei der Einrichtung brauchen die Jugendlichen die Unterstützung der Kommunen und Gemeindeparlamente.
- Damit die Wahlen für diese Parlamente von den Jugendlichen angenommen werden, muss an den Stellen, an denen Jugendliche anzutreffen sind, dafür geworben werden. Dies betrifft Schulen, Jugendclubs, Jugendzentren, Diskotheken, Konzerte, etc.
- Des Weiteren fordern wir ein Vorschlags- und Rederecht für den Kreisjugendring im Kreistag.
- Der Kreis setzt sich für die Einrichtung von Jugendzentren und für einen Ausbau der dezentralen Jugendarbeit in allen Gemeinden der Wetterau ein. Kommunen ohne Angebote, in denen Jugendliche willkommene Beute rechtsextremer Gruppen sind, müssen tätig werden.

4.7 Kommunales Wahlrecht für Migrant*innen

Gesellschaftliches Engagement stärken statt abschaffen

Migrant*innen müssen an der Gesellschaft teilhaben können.

Dazu gehört auch das aktive und passive Wahlrecht für jene, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Dazu gehört der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Und dazu gehört, dass Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, eine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Die Einbürgerung muss erleichtert werden, doppelte Staatsbürgerschaften sollten möglich sein. Diskriminierungen von Asylsuchenden und Geduldeten bei der sozialen Versorgung und der Unterbringung sind nicht hinnehmbar.

DIE LINKE erwartet von der Ausländerbehörde des Wetteraukreises, dass sie diskriminierungsfrei arbeitet, Migrant*innen bei der Integration nach Kräften berät und unterstützt.

Politisches und zivilgesellschaftliches Engagement muss grundsätzlich erwünscht sein und gefördert werden!

DIE LINKE wendet sich energisch gegen die Schwächung der Ausländerbeiräte, wie sie die schwarzgrüne Landesregierung vorgenommen hat: Alle Gemeinden mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohner*innen, für die bisher eine gesetzliche Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausländerbeirats bestand, können nun einen bestehenden Ausländerbeirat durch eine „Integrationskommission“ ersetzen, deren Mitglieder nur noch zur Hälfte aus Migrant*innen bestehen müssen und von der Gemeindevertretung benannt werden.

Diese Gesetzesänderung muss rückgängig gemacht werden! Stattdessen sollte man die Rechte der Ausländerbeiräte erweitern. Deren Vertreter*innen sollten Rede-, Antrags- und Stimmrecht in den kommunalen Gremien erhalten.

Das kommunale Wahlrecht für Migrant*innen ist bereits in 15 von 28 europäischen Staaten Standard. Daher wird es für Deutschland nach 65-jähriger Arbeitsmigration höchste Zeit, dies für alle ausländischen Mitbürger*innen, die schon seit fünf Jahren in Deutschland leben, ebenfalls umzusetzen.

Dafür setzt sich *DIE LINKE* ein:

- Kommunales Wahlrecht für alle Einwohner*innen des

Wetteraukreises, die länger als fünf Jahre hier leben.

- Rücknahme der gesetzlichen Regelung, die Ausländerbeiräte schwächt.
Auch Migrant*innen aus nicht EU-Staaten müssen eine politische und zivilgesellschaftliche Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft haben!
- Ausländerbeiräte sind zu stärken: Stimmberechtigung in den kommunalen Parlamenten, Initiativrecht für Anträge, Mitbestimmung bei schulischen Entscheidungen usw.

(Siehe auch Kapitel 1. 10: Migration und Flucht)

4. 8 Faschismus aktiv entgegenzutreten

Die LINKE unterstützt alle zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen rechts. Spätestens nach den Anschlägen von Halle und Hanau wird deutlich, dass terroristische Gewalt nicht nur Sache des rechten politischen Randes ist. Vielmehr muss festgestellt werden, dass Rassismus und rechte Hetze aus der so genannten Mitte der Gesellschaft kommen. Verbaler Rassismus ist an der Tagesordnung nicht nur bei Sportveranstaltungen, in Kneipen, auf Volksfesten, sondern auch in der Schule, am Arbeitsplatz, auf der Straße, in Parlamenten. Rassistische und nationalistische Ressentiments finden in unserer Gesellschaft wieder großen Zuspruch. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten und Morde steigt an. Besonders gegen Geflüchtete und vermeintliche „Ausländer“ wird gehetzt und eine Neiddebatte entfacht. Diese Entwicklung macht auch vor der Wetterau nicht halt.

Häufig begegnen uns ausländerfeindliche Äußerungen. Nach vielen Jahren der rechten Hetze, der „Kinder statt Inder“, der „Migration ist die Mutter aller Probleme“, der Kampagne „Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft“, die laut ihrer Urheber dazu dienen sollte, „zu emotionalisieren und zu polarisieren“, der „Islamisierung des Abendlandes“, des „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!“, des „geplanten Bevölkerungsaustauschs“, des „Untergangs des Abendlandes“, der Pegida, Fragida und Kagida, der NSU und der Morde von Hanau sagen WIR: Das sind keine verwirrten Einzeltäter! Das knüpft an die Tradition der Rechten an. Das ist eine faschistische Entwicklung, die wir mit Kraft stoppen müssen!

Politisch Andersdenkende versucht man auszugrenzen oder gar zu kriminalisieren. Faschistoide Begriffe durchdringen mittlerweile alle Ebenen der Politik und Medienlandschaft. Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechten passen - sei es wegen ihrer Religion, Herkunft, Geschlecht, Sexualität, Behinderung, politischen Einstellung oder ihres Aussehens – werden diffamiert und sehen sich öffentlichen Hetzkampagnen ausgesetzt.

Auch der Sozialrassismus gegen sozial Ausgegrenzte oder finanziell Benachteiligte gedeiht. ALG II-Bezieher*innen werden als Parasiten und Faulenzer beschimpft.

Das gesellschaftliche Klima wird unsozialer und rauer. Das verstärkt den Aufschwung der Rechten.

Konservative Politiker*innen von CDU, SPD, FDP und Grünen sind dieser Entwicklung nicht gewachsen und erkennen die rechte Gefahr nicht. Immer wieder werden AfD und Linkspartei gleichgesetzt. Die Forderungen nach gerechten Löhnen, sozialer Gerechtigkeit, Umweltschutz, Frieden und Mietendeckel werden gleichgesetzt mit Hetze, Hass, und der Forderung nach einem Schießbefehl an den Grenzen.

Es gibt keine Mitte zwischen Faschismus und Antifaschismus! Antifaschismus ist die Grundhaltung aller demokratischen Bürger*innen. Wer sich raus hält oder unpolitisch distanziert, duldet Faschismus und gefährdet damit die Demokratie!

Wir stellen fest: Rechtsextremes Gedankengut entsteht nicht zuletzt, weil es der herrschenden Klasse gelingt, deklassierte Gruppen der Bevölkerung zum Sündenbock zu machen. Sündenbock für die Folgen des Sozialabbaus, des Abbaus von Arbeitnehmer*innenrechten und einer völlig verfehlten Außen- und Wirtschaftspolitik im Interesse des Kapitals.

Es ist die Aufgabe aller Demokrat*innen, sich diesen Tendenzen mit aller Kraft entgegenzustellen.

Wir werden nicht wegsehen, wenn Neonazis Ausländer*innen angreifen und nicht schweigen, wenn Politiker*innen - aus welchem Lager auch immer - menschenfeindliche Ideologien in die Gesellschaft tragen wollen. Wir machen es uns zur Aufgabe, demokratische Bildungsarbeit zu fördern.

Die LINKE Wetterau ist bereit, sich an allen Bündnissen und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen. Wir arbeiten gegen kapitalistische Ausbeutung – hier im Wetteraukreis, in Deutschland und in der ganzen Welt.

Das fordert **DIE LINKE**:

- Kreis und Gemeinden in der Wetterau achten auf die strikte Einhaltung der Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der EU.
- Der Landkreis und die Gemeinden erstellen gemeinsam mit den Jugend- und Sozialämtern und in Zusammenarbeit mit den Schulen eine Analyse rechtsextremer Potentiale im Kreis, um Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen gezielt planen und durchführen zu können.
- Antirassistische und antifaschistische Initiativen, Veranstaltungen und Bildungsangebote sind vom Kreis und den Kommunen zu unterstützen und zu fördern.
DIE LINKE fordert die Ausweisung von Fördermitteln sowohl beim Kreis als auch in den Gemeinden zur Unterstützung antifaschistischer Bildungsprojekte. Die Mittel sollen projektbezogen vergeben werden.
- Stätten von Verbrechen, Verfolgung und Widerstand während der Nazi-Herrschaft von 1933 bis 1945 im Wetteraukreis sind zu pflegen, zu kennzeichnen und zu würdigen sowie der Öffentlichkeit – vor allem der Jugend - zugänglich zu machen.
- Neofaschistische Aktivitäten, Veranstaltungen, Aufmärsche usw. sind von den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern mit allen rechtlichen Mitteln zu unterbinden. Wo dies nicht möglich ist, sollen diese öffentliche Protestbewegungen aktiv unterstützen.
- Wir fordern ein Verbot neofaschistischer Organisationen!
- Berücksichtigung antifaschistischer Bildungsthemen (Demokratie, Antirassismus, Gleichberechtigung) in den Bildungsangeboten des Kreises (Volkshochschule, Kreisjugendbildungswerk, etc.)
- Keine Aberkennung der Gemeinnützigkeit für Vereine, wie ATTAC, VVN, antifaschistische Gruppen und andere, die sie sich für linke, demokratische und antifaschistische Ziele einsetzen!

4. 9 Ohne Frieden ist alles nichts!

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben!

Nicht erst in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie wichtig ein gutes öffentliches Gesundheitssystem ist. Genauso wichtig ist für die Mehrheit der Menschen soziale Absicherung, öffentliche Kinderbetreuung, öffentliche Schulen und Universitäten, der öffentliche Nahverkehr, sozialer Wohnungsbau,

kommunale Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischer Umbau, Klimagerechtigkeit und einiges mehr.

Öffentliche Daseinsfürsorge kostet Geld. Genau dafür zahlt die arbeitende Bevölkerung doch eigentlich Steuern! Wer aber wie die Bundesregierung im Jahr 2020 „Verteidigungsausgaben“ von 50 Milliarden Euro vermeldet, der hat andere Prioritäten als die Sicherheit seiner Bevölkerung.

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) zu steigern. So wurde es mit der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen werden: Insgesamt wird dann der Deutsche Rüstungshaushalt 80 Milliarden Euro umfassen! ⁴

Auch sicherheitspolitisch bringt es nichts, zusätzlich Unsummen in die militärische Aufrüstung zu stecken. Stattdessen sind mehr Mittel für Konfliktprävention nötig. Das sollte das Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik sein!

Militär löst keine Probleme. Es schafft immer mehr Probleme!

Abrüsten ist das Gebot der Stunde! Denn nur so können die anstehenden und dringlichen Probleme wirksam angegangen werden.

Wer in Zeiten der Wirtschaftskrise das Geld auch noch für Hochrüstung und neue Kampfjets verschwendet, zerstört den Zusammenhalt unserer Gesellschaft – aber auch weltweit!

Das will **DIE LINKE**:

- Kommunalpolitiker*innen aller Parteien sollen sich bei ihren Bundestagsfraktionen für Abrüstung einsetzen!
Wird das Geld für Militär ausgegeben, fehlt es für kommunale Investitionen, für Sozialpolitik und Klimaschutz.
- Beitritt zur ICAN-Initiative für Abgeordnete:
Unterzeichnung und Ratifizierung des Verbotsvertrags zu Atomwaffen. <https://www.icanw.de/abgeordnetenerklaerung/>
- Keine weitere Modernisierung des Munitionsdepots im Köpperner Wald! Einsatz der Kommunalpolitiker*innen zur Schließung des Waffenlagers Köppern.

4 Zum Vergleich: 1999 gab Deutschland rund 25 Milliarden Euro jährlich für Rüstung aus. Die Militärausgaben Russlands betragen derzeit 65,1 Milliarden Dollar pro Jahr. Weltweit wurden im Jahr 2019 wahnsinnige 1917 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben.



Kreisverband Wetterau

www.die-linke-wetterau.de

Dieses Programm für die Kreistagswahl am 14. März 2021
wurde auf der Kreismitgliederversammlung der Linken Wetterau
am 13. Juni 2020 verabschiedet.